

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzelzettel in der Post-Bestellungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6662.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gen. Sprach-Anschlag: Amt I, Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 29. März 1892.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

Nachwort

zum

Gewerkschafts-Kongress.

Nachdem der Kongress in Halberstadt seit 8 Tagen geschlossen ist, die letzten Berichte darüber in der Presse erschienen sind und die meisten Delegirten vor ihren Wählern Bericht erstattet haben, wollen wir auf dieses für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung immerhin nicht unwichtige Ereignis auch noch einmal zurückkommen. Wir nennen den Kongress ein nicht unwichtiges Ereignis, wollen dem aber gleich beifügen, daß die Bedeutung der Halberstädter Zusammenkunft für uns vor Allem darin liegt, daß sie jedem Sehenden zeigte, was unsere gewerkschaftliche Bewegung noch nicht leisten kann. In dem negativen Ergebnis der langen Verhandlungen, welche zeitweise einen sehr erregten Charakter annahm, liegt das Charakteristische. Wir haben dieses Resultat vorausgesehen und die Gründe, warum es so kommen mußte, in der Nr. 61 des „Vorwärts“ auch des Näheren dargelegt. Der Kongress sollte nach den Wünschen seiner Arrangeure eine Aufgabe lösen, für welche nicht mehr als so ziemlich alle Voraussetzungen fehlten.

Der Plan der Kongresseinberufer war der, eine große, alle Berufsorganisationen umfassende, in sich wohlgegliederte, aber unter gemeinsamer Leitung stehende Organisation zu schaffen. Das Haupt dieser Organisation sollte die sogenannte Generalkommission sein. Als Aufgaben dieser Organisation waren vor allem die einheitliche Agitation, die Zentralisation der Presse und eine bessere Regelung des Streiks- und Unterstützungswesens gedacht. Dieser Plan nahm sich auf dem Papier recht hübsch aus, für die Praxis aber litt er an dem Fehler, daß er auf bestehende, und zwar sehr berechnete Interessen keine Rücksicht nahm, und daß er mit Voraussetzungen operierte, für welche in der Wirklichkeit auch nicht der Schatten einer Thatsache vorhanden war.

Was zunächst die Ignorierung berechtigter Interessen betrifft, so sei hier nur auf die Idee eines Zentral-Gewerkschaftsblattes hingewiesen. Uns ist augenblicklich die genaue Zahl der in Deutschland erscheinenden Gewerkschaftsorgane nicht bekannt, doch dürften es circa 40 Blätter sein. Dieselben erscheinen in den verschiedensten Städten Deutschlands, in vielen Fällen an den Hauptorten derjenigen Industrien, für deren Arbeiterschaft sie ins Leben gerufen wurden. Sollte nun der ursprüngliche Plan eines Zentralblattes durchgeführt werden, so hätten alle diese Blätter verlegt werden resp. eingehen müssen. Wer nun weiß, mit welchen Opfern einzelne dieser Organe von den betreffenden Berufsorganisationen hochgebracht worden sind, wer weiter bedenkt, wie sehr persönliche und sachliche Gründe dafür sprechen, daß bestimmte Blätter an gewissen Orten bleiben, der wird die Unmöglichkeit der Durchführung eines solchen Planes ohne weiteres zugeben müssen. Wie die Redaktion

eines solchen Zentralblattes beschaffen sein soll, darüber haben sich die Väter des Vorschlages wohl selbst nie eine klare Vorstellung gemacht. Wie mit dem Zentralblatt, so stand es mit den meisten übrigen positiven Vorschlägen, welche die Einberufer dem Kongresse vorlegten.

Speziell in Rücksicht auf die Organisationsfragen war unserer festen Ueberzeugung nach den Schwierigkeiten nicht genügend Rechnung getragen, welche jeder großen zentralisirten Organisation aus der reaktionären Vereinsgesetzgebung erwachsen. Wir behaupten, und diese Behauptung stützt sich auf eine zwanzigjährige Erfahrung, daß es in Deutschland unmöglich ist, eine zentralisirte Organisation durch die Klippen der Vereinsgesetzgebung hindurchzuführen, wenn die Behörden die Gesetze rücksichtslos zur Anwendung bringen. Daß augenblicklich eine mildere Praxis geübt wird, beweist nichts, es bedarf nur eines Winkes von oben, und zahllose Auflösungen und Prozesse werden folgen. Bei der Gelegenheit würden dann auch die Anhänger der sogenannten losen Zentralisation mit Vertrauensmänner-System erfahren, daß es nur ein schöner Traum ist, wenn sie annehmen, ihre Organisationsform sichere gegen die Wolfsgruben der verschiedenen Vereinsgesetze.

Diesem für die Arbeiterorganisationen schon schwierigen Stand hätte der neue Organisationsplan mit Unionen und Zentralleitung noch wesentlich verschlimmert, indem nach demselben für sämtliche Organisationen ein Kopf geschaffen werden sollte, so daß bei gegebener Gelegenheit die heilige Hermandad nur noch diesem hätte zu greifen brauchen, um den ganzen großen Körper zu lähmen.

Wir sind zwar weit davon entfernt, aus der ungünstigen Lage der Gesetzgebung den Schluss zu ziehen, es sei auf alle gemeinschaftliche und vor allem auf jede zentralisirte Organisation zu verzichten. Diesen Rath zu geben kommt uns gar nicht in den Sinn. So lange die Herren Unternehmer sich nach ihren Berufsinteressen organisieren und in diesen ihren Vereinen und Verbänden — unbekümmert um die bezügliche Gesetzgebung — lustig Politik treiben und auf die Gesetzgebung Einfluß auszuüben suchen, wird kein vernünftiger Mensch den Arbeitern zumuthen, durch die gesetzlichen Schwierigkeiten sich von der Ausübung des Vereinsrechtes abhalten zu lassen. Aber ein Anderes ist es, ein Recht zu üben, trotz der Gefahren, die daraus entstehen können, und ein Anderes, diese Gefahren unvorsichtiger Weise zu provozieren. Das Letztere wäre aber mit den Unionen thatsächlich geschehen. Dieselben hätten, wären sie in's Leben gerufen worden, der gewerkschaftlichen Bewegung gar nichts genützt, wohl aber wären sie ein stets zur Hand liegendes Angriffsobjekt für Polizei und Staatsanwälte gewesen.

Wenn wir nun den positiven Vorschlägen, wie sie dem Kongresse unterbreitet worden sind und seine Tagesordnung bildeten, keinen Geschmack abgewinnen konnten und dies auch in unserem Begrüßungsartikel in der Nr. 61 aussprachen, so gaben wir uns doch der Hoffnung hin, daß der Kongress selbst dem alten Streit über die Organisations-

d. h. um die Formfrage keinen allzu breiten Spielraum gewähren werde, und daß die Erkenntnis, die Form bedinge nicht das Wesen, dort allgemein durchdringen werde.

Diese unsere Erwartung ist leider nicht im vollen Umfange erfüllt worden. Die alten Streitigkeiten: ob Lokal- oder Zentralorganisation, ob Berufsvereinigung oder Industrieverband sind mit einem Eifer und einer Werve erörtert worden, als säßen lauter Theologen beisammen und als handele es sich um die Auslegung irgend eines streitigen Punktes aus dem Neuen Testament. Dabei schien sich die Mehrheit der Delegirten darin einig zu sein, die Generalkommission als das Karnikel zu behandeln, welches an allem Malheur Schuld trage. Daß diese Generalkommission nur den einen Fehler gemacht hat, nämlich den, eine Aufgabe zu übernehmen, welche unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt nicht durchzuführen war, dessen scheinen sich sehr wenige Delegirte bewußt geworden zu sein.

An dieser unglücklichen Generalkommission wurde alles getadelt, was sie gethan und was sie unterlassen hat. Daß die Kommission mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Aussperrung der Hamburger Zigarrenarbeiter unterstützte und dabei Schulden machte und den Raifonds aufbrauchte, wurde ihr sehr verübelt, dasselbe geschah aber auch deshalb, weil es der Kommission nicht möglich war, für die Erfurter ausgesperrten Schuhmacher frische Schulden zu machen. Ein Delegirter, der seine Pfeile speziell auf die Generalkommission zugespitzt hatte, wandte sich gegen die hohen Beiträge, welche die Arbeiter nicht leisten können. Da dieser Delegirte zufällig ein Mitglied der Reichstagsfraktion ist, folgerte der Vertreter der Buchdrucker gleich weiter, daß, da ohne Opfer gewerkschaftliche Erfolge nicht zu erzielen seien, die politische Parteileitung überhaupt kein Interesse für die Gewerkschaftsbewegung zu haben scheine.

In dieser Weise bewegten sich fast die ganzen Verhandlungen. Man wußte nicht, was man eigentlich wollte, war ärgerlich darüber und suchte nun nach einem Prügelknaben, an dem man den Aerger auslassen konnte. So zankten sich auch die Anhänger der verschiedenen Organisationsformen in den Spezialkongressen wie auch in den Plenarsitzungen herum. Daß mit all diesen Debatten die streitigen Fragen auch nur um ein Jota ihrer Lösung näher gebracht worden wären, wer möchte das behaupten! Am ruhigsten und zweckentsprechendsten haben noch die Tischler und verwandten Berufe diese Fragen auf ihrem Spezialkongress behandelt, während bei den Metallarbeitern die Gegensätze nach Halberstadt noch genau so schroff vorhanden sind, wie sie sich nach dem vorjährigen Metallarbeiterkongress in Frankfurt am Main zeigten. Hier fehlt es zweifellos an einer die Gegensätze verführenden, von allseitigem Vertrauen gestützten Persönlichkeit, wie die Tischler in dem Leiter der Kongressverhandlungen, Rios, eine solche besitzen. Der Zank, der zwischen den deutschen Maurern herrscht, wurde in Halberstadt nur gestreift, leider darf, nach allen sonstigen Anzeichen, daraus nicht geschlossen werden, daß dieser leidige Zwiespalt sich im Aussterben befindet.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

75

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 8 Büchern von A. Otto Walster.

Die Anklage der Staatsanwaltschaft ward verlesen, die mit einem Antrage auf Verhängung von 15 Monaten Gefängnis gegen Frank und Barth wegen öffentlicher Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen einzelne Stände von Staatsangehörigen, sowie gegen Staatsbeamten, Schmähung von Lehrern und zwar im Komplott begangen, schloß; gegen Dr. Lange aber wurden wegen genannter Verbrechen, in Verbindung mit direkter Aufforderung zur Revolution, welche den Thatbestand des Hochverraths in sich schließt, 5 Jahre Zuchthaus beantragt.

Dieser letzte Antrag rief im Saale eine großartige Sensation hervor. Helene fühlte, wie sich ihr Herz zusammenzuckte, und sie mußte einige Minuten an die frische Luft, um ihre Aufregung zu beneistern. Der Präsident fragte sodann die Angeklagten, ob sie sich der ihnen beigegebenen Verbrechen für schuldig erachteten, was sie alle drei laut verneinten.

Präsident: „Haben Sie, Herr Frank, in der bewußten Versammlung gesagt, wir wären Sklaven, Knechte und Schlachtthiere?“

Frank: „Ja, Herr Präsident.“

Präsident: „Haben Sie da nicht unseren Staat als

einen geschildert, in welchem die Menschen nur als solche niedrige Geschöpfe leben können?“

Frank: „Ich habe zunächst an keiner Stelle von unserem Staate im Besonderen gesprochen, sondern nur erklärt, wie in den modernen Staaten die Verhältnisse im Allgemeinen liegen.“

Präsident: „Sie haben aber den unsrigen nicht besonders ausgenommen?“

Frank: „Weil ich dazu keine Veranlassung hatte.“

Präsident: „Sie haben ihn also stillschweigend mit eingeschlossen?“

Frank: „Das lasse ich dahingestellt; es ist nicht meine Schuld, wenn er stillschweigend mit eingeschlossen werden kann. Mir genügt es, beweisen zu können, daß ich von den gegenwärtigen Staaten im Allgemeinen gesprochen, keinem besonderen eine besondere Schuld beigemessen.“

Präsident: „Sie werden zugestehen, daß diese Ausdrücke sehr stark waren?“

Frank: „Sie mögen sehr stark sein, aber man müßte mir beweisen, daß sie im Verhältnis zur Wirklichkeit zu stark waren. Ich sprach vom Krieg; kein Mensch kann leugnen, daß unsere jungen Leute gegen andere Truppen Krieg führen müssen, auch wenn es nicht ihr Wille ist, auch wenn sie den Zweck des Krieges mißbilligen. Wir haben in letzter Zeit viele Kriege gehabt, es waren keine bloßen Kriege zur Vertheidigung des Vaterlandes, sondern auch Kriege aus Eroberungssucht, politischer Eifersucht, aus staatskünstlerischer Intrigue und verbrecherischer Macht-eitelkeit. Eine der kriegsführenden Mächte muß immer im Unrechte sein, und trotzdem haben dann die Bundesöhne ihr Blut versprizen müssen. Eine solche Stellung macht aber den Staatsbürger zum Knechte, zum Sklaven, zum Schlacht-

thiere. Ich habe nicht gesagt, daß unser Staat einen solchen ungerechten Krieg geführt hat oder führen wird, aber es ist auch keine Garantie dafür gegeben, daß er ihn nicht führen könnte, und aus diesem Zustande herauszukommen, halte ich für heilsam. Um das zu bewirken, ist es nöthig, daß Jeder sich dieses Zustandes klar bewußt werde; da muß man die Sachen beim richtigen Namen nennen.“

Präsident: „Sie geben also jetzt zu, daß Sie unseren Staat dabei mit im Auge gehabt?“

Frank: „Ich kann im Auge gehabt haben, was ich will, ich bin nur verantwortlich für das, was ich gesagt habe.“

Präsident: „Sie sagen ferner, daß der Staatsbürger in dem einen, wie in dem anderen Staate von jedem Polizeier hinarbeitet werden kann. Hier haben Sie doch ziemlich deutlich gesagt, daß dies auch auf unseren Staat Bezug hat?“

Frank: „In diesem besonderen Falle gebe ich es zu, weil ich keinen Grund wüßte, warum ich ihn ausnehmen sollte. Die Möglichkeit ist unbedingt vorhanden; und ich bin erbötig, Thatsachen hierfür mitzutheilen, obwohl ich nur von der Möglichkeit gesprochen.“

Präsident: „Sie sprechen im Weiteren das Verlangen aus: „Wir wollen ein menschenwürdiges Dasein innerhalb des Staates“ und behaupten damit indirekt, daß dieses innerhalb unseres Staates nicht gegeben ist?“

Frank: „Ich möchte doch sehr bitten, daß man meinen Worten nicht immer die Deutung unterschiebt, als hätte ich Gebrechen unseres Staates im Gegensatz zu anderen Staaten betont. Unter einem menschenwürdigen Dasein verstehe ich eines, in welchem nach den gegebenen Möglichkeiten Jeder ein gleiches Maß von Rechten und Freiheiten, von Pflichten und Arbeiten, von Erholungen und Genüssen

Ein Ausruf des Vertrauensmannes der deutschen Maurer in der letzten Nummer des Blattes „Der Bauhandwerker“ läßt im Gegentheil darauf schließen, daß im Baugewerbe der Krieg der Arbeiter unter einander mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt werden soll, worüber am meisten die Herren Bau-Unternehmer sich zu freuen Ursache haben. Als Grund für dieses Vorgehen führt der Vertrauensmann den Beschluß des Kongresses gegen die Lokalorganisationen an. Dieser Beschluß, welcher in Halberstadt schon einige Delegationen zum Verlassen des Kongresssaales bestimmte, wird in den Gewerkschaftskartellen der nächsten Zeit eine große Rolle spielen. Besonders geschickt war er, vom taktischen Gesichtspunkt betrachtet, nicht. Wir wissen uns von einer besonderen Sympathie für die Lokalorganisationen, wo solche durch die Lage der Gesetzgebung wie in Sachsen nicht aufgedrängt werden, vollständig frei, wir wissen auch, daß unter den Schwärmern für diese Art Organisation sich Elemente befinden, deren Beweggründe auf ganz etwas anderes hinauslaufen, als darauf, die deutschen Klassenbewußten Arbeiter auf ein gemeinsames Ziel zu vereinigen. Trotzdem aber glauben wir, wäre eine weniger schroff ablehnende Haltung der Mehrheit in dieser Frage doch am Platze gewesen. Organisationsfragen sind keine Prinzipienfragen, sondern sie müssen vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit aus beurteilt werden. Bleiben die Verhältnisse wie sie sind, so ist es nur eine Frage von Monaten, bis die Lokalorganisationen sich verschmelzen mit den Zentralverbänden. Erstere werden einfach in den Letzteren aufgehen. Wenn nicht eher, so wird sicher der nächste wirtschaftliche Aufschwung und die damit wiederkommende Lohnbewegung dieses Resultat herbeiführen. Diese Verschmelzung würde sich nun um so eher und glatter vollziehen haben, je weniger man den Lokalorganisationen Vorwand für ihr Verbleiben im Schmollwinkel geboten hätte. Nun ist freilich der Fehler gemacht und der Froschmüsekrieg: ob Zentral- oder Lokalorganisation? wird in den nächsten Monaten in mancher Versammlung weiter toben.

Wir wiederholen also: Alles in Allem genommen besteht das wirkliche Verdienst des Halberstädter Kongresses darin, daß er den Arbeitern klar gemacht hat, was nicht möglich ist. Weit aussehendere Organisationspläne auszuarbeiten nicht verteuert wenig, worauf es ankommt, das ist, die Massen erst zu organisieren. Auf die Form, wie diese Organisation statifindet, kommt viel weniger an, als mancher Genosse anzunehmen geneigt ist. Eine alte Erfahrung in der Arbeiterbewegung ist es, daß je schwächer die Teilnahme an den Organisationen ist, desto mehr Aenderungen und Neubildungen vorgenommen werden. Das trifft für die gewerkschaftliche wie für die politische Bewegung zu. In Ländern, wo die sozialdemokratische Partei noch schwach ist, vergeht kaum ein Kongress, der nicht schwere Organisationsänderungen bringt, während bei uns in Deutschland bei einem anerkannt sehr fragmentarischen Organisationsstatut die Partei von Erfolg zu Erfolg schreitet. Zu dieser Erkenntnis müssen sich auch unsere Gewerkschaften noch durchringen. Die Form ist von Werth, aber nicht entscheidend. Der Geist aber, der eine Organisation befeuert, das geschickte Benutzen der tatsächlichen Verhältnisse seitens der Leitung und das damit gewonnene Vertrauen der Massen, das sind Voraussetzungen, die, wenn sie vorhanden, den Erfolg sichern. Man lasse die großen bestehenden Organisationen in Ruhe, störe sie in ihrer Entwicklung nicht, und ihr Beispiel wird mehr nützen als Tugende von Kongressbeschlüssen, hinter denen nichts steht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März.

Strategische Bahnen. Der Nachtragsetat, welcher für militärische Eisenbahnen etliche dreißig Millionen beansprucht, ist dem Reichstag sehr rasch zugegangen. Es sollen hergestellt werden eine neue Linie von Nöschwoog (Station der Strecke Germerheim—Straßburg) in der Richtung auf Karlsruhe, mit Ueberbrückung des Rheins bei Koppenheim. Ferner zweigleisiger Ausbau folgender Strecken: Thurn (Katharinenflur) Korscheln, Trier L. u. Landesgrenze bei Sierck-Diedenhofen, Saaralben-Venddorf, Saaralben-Obermodern, Obermodern-Hagenau, Hagenau-

erhält. Ein solcher Anspruch wird von jedem vernünftigen Menschen als billig anerkannt, nur leider sind der vernünftigen Menschen noch lange nicht genug vorhanden und leider sind diese bis jetzt noch über die Möglichkeit der Ausführung in Verlegenheit gewesen. Daß diese Sache aber wichtiger ist, als Vieles, was der einseitige Patriotismus der Herren Nationalliberalen für nötig hält, dürfte mit der Zeit allgemein anerkannt werden, und in dieser Rücksicht habe ich gesprochen.

Präsident: „Es scheint aber doch, als wenn Sie damit aufstören wollten, denn Sie sprechen bald auch von der drückenden Lage der Arbeiter.“

Frank: „Darum weiß ich nicht zu erwidern; ich kann nur auf die Steinhauer-Vorstadt hinweisen. Wenn der Mensch von früh 6 Uhr bis Mittag und wieder von 1 Uhr bis um 7 Uhr harte anstrengende Arbeit zu verrichten hat, dabei nicht hinreichend verdient, um seine Familie ordentlich ernähren und erziehen zu können und sich selbst die bei der Arbeit aufgewandten Körperkräfte wieder zu ersetzen, dann befindet er sich nach meiner und vieler anderer Leute Meinung in drückender Lage. Ich habe es nicht gesagt, um aufzureizen, sondern weil es die Wahrheit ist.“

Präsident: „Sie haben die Mensurung gethan, die kirchliche Ehe sei dem Arbeiter nicht viel unangenehmer, als die zivile. Sie wenden sich damit gegen das staatliche und kirchliche Institut der Ehe in ziemlich wegwerfender Weise.“

Frank: „Da hat man mich nicht recht verstanden. Ich sprach nicht von diesem Institut überhaupt, sondern mit Rücksicht auf die Dürftigkeit der Arbeiter.“

Präsident: „Sie stellen das Werk der Gesetzgebung so hin, als wenn die Besigenden in ihrer verschwindenden Minderheit beliebige Gesetze vorschrieben. Das ist doch eine totale Entstellung der Thatsachen, die ganz geeignet ist, diese Gesetzgebung zu diskreditieren.“

Frank: „Ich weiß nicht, ob dies die Folge sein kann, bestreite aber, daß ich die Thatsachen entstellte.“

Präsident: „Sie wissen doch, daß die Gesetze unter Mitwirkung der Landesvertretung zu Stande kommen?“

Frank: „Das bestreite ich; da der größte Theil der

Nöschwoog. Endlich ist geplant Herstellung besonderer örtlicher Ergänzungsanlagen (Gleise, Wasserversorgungsanlagen, Ladevorrichtungen u. a.) an verschiedenen Punkten. Das Reich trägt die Kosten für die Neu- bzw. Ausbauten der Strecken im Reichslande; die übrigen Kosten trägt Preußen, welches daher am meisten beteiligt ist. Im Ganzen sind für das Reich aufzubringen 32 284 440 M. Das Erforderniß für das erste Jahr beläuft sich auf 9 648 400 M. Die Steuerzahler müssen bis aufs Weiße bluten: so gebietet es der Despot Militarismus. —

Der Zedlithade Ansgang. Der neue preussische Ministerpräsident, Graf Eulenburg, ist heute im Abgeordnetenhaus erschienen und hat den Volkshul-Geheulwurf zurückgezogen. Er erklärte, daß die Regierung sich weitere Erwägungen vorbehalte, wann und in welcher Weise innerhalb des durch die Verfassung gegebenen Rahmens auf die Angelegenheit zurückzukommen sei. Die Segner der Vorlage jubeln, ihre Freunde sind in Aufrühr. So sinkt die Vorlage kluglos zum Ortus hinab, die alte Misere macht vorläufig keinen neuen Platz, und statt des frommen Zedlitz ist der fromme Boffe Kultusminister. —

Aus dem Antiquitätenkabinet. Im Herrenhause hielt am 28. ein gewisser Herr von Klinkowström, blaublättriger Junker vom Wirbel bis zur Fehle, derselbe, der Zedlitz den rührenden Nachruf gewidmet hat, eine Rede, die in ihrer wundervollen Naivität für sich selbst spricht:

„In Bezug auf die traurigen Arbeiterverhältnisse will ich bemerken, daß eine Petition des Landwirtschaftsraths dahin geht, die Personalarie für die Familienväter unter den Arbeitern herabzusetzen, die, aus dem Osten nach dem Westen ausgewandert, jetzt wieder zurückkehren wollen. Ich bitte die Regierung, dieser Petition die möglichste Berücksichtigung angedeihen zu lassen. Die sozialdemokratische Bewegung ist nach Aufhebung des Sozialistengesetzes meiner Beobachtung nach nicht zurückgegangen. Die schlimmste Wirkung der Aufhebung des Sozialistengesetzes aber ist der Umstand, daß die sozialdemokratische Agitation jetzt auch den gesunden Theil der Bevölkerung und insbesondere die Landbevölkerung ergreift. Bei einer der letzten Reichstagswahlen haben die Sozialdemokraten in schlimmer Weise auf dem Lande agitiert, nicht nur um ihren Kandidaten durchzubringen, sondern um zunächst in diesen Kreisen Fuß zu fassen, um die Arbeiter gegen die Arbeitgeber zu heizen, allgemeine Streiks heraufzubeschwören. Ein Streik auf dem Lande wäre aber der Anfang vom Ende. Ich möchte daher die Regierungen bitten, hier einzuschreiten, so lange es noch Zeit ist. Es werden Broschüren im Lande verbreitet, welche die schlimmsten Lügen enthalten, u. a. auch eine ältere Broschüre von Engels, dem Nachfolger von Marx, welche den internationalen Charakter der deutschen Sozialdemokratie betont, während die russische und französische Sozialdemokratie immer noch eine nationale ist. Ist das eine politische Partei? Ich sage: Nein! Es sind Hochverräther, gegen welche die Schärfe des Gesetzes angewendet werden muß. Jeder von uns ist gern bereit, den redlichen treuen Arbeiter zu unterstützen, ihm zu helfen, seine Lage zu verbessern, so weit es geht. Aber wir wollen nicht unser Ideal mit Füßen treten lassen, wir wollen unsern Kindern und Kindeskindern erhalten, was wir mit so großen Opfern errungen haben. (Beifall.) Die deutsche Sozialdemokratie nennt sich deutsch, sie ist es aber nicht, sie ist keine deutsche Partei; dieser Gedanke muß vernichtet werden, und geht es nicht im Guten, dann mit Gewalt. (Beifall.)“

Die Kommission für Arbeiterstatistik. Die Auftraggeber des Herrn Binder scheinen an einer heillosen Begriffsverwirrung zu leiden: Offenbar sind die Nachwehen der Ministerkrisis noch nicht verwunden. So entdekt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, der „Vorwärts“ habe vor der Kommission für Arbeiterstatistik schon jetzt so viel Angst, daß er dieselbe in einem längeren Artikel zu diskreditieren versucht, obwohl weder er noch sonst Jemand diese Ergebnisse bisher kennt. Unsere sachliche und sachgemäße Kritik des Regulativs findet bei dem offiziellen Blatt den Widerhall, den wir erwartet haben. Märgel und Verlegenheit haben die Repik der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ inspiriert. Sie schreibt u. a.: „Daß die Ergebnisse mit den bekannten sozialdemokratischen Privatquellen vielfach nicht übereinstimmen werden, ist allerdings wohl anzunehmen; will aber der „Vorwärts“ sie deshalb schon heute als „Schönfärberei“ denunzieren, so verräth er nur, daß für die sozialdemokratischen Zwecke nur einseitige, nicht aber allseitige Beleuchtungen brauchbar sind.“ Steht sogar das Organ des Herrn Binder so sehr unter

Staatsangehörigen gar keine Vertreter wählen darf, sondern daß dies nur einer Minderzahl und zwar der Besitzenden eingeräumt ist, welche andere Bedürfnisse, Wünsche und Interessen haben, als die große Masse der Enterbten.“

Präsident: „Sie haben endlich gesagt, der Arbeiter solle nicht fortleben, um eine Anzahl Schmarogerpflanzen zu ernähren. Wen haben Sie unter Schmarogerpflanzen gemeint?“

Frank: „Ich habe, wie sich aus den Worten ergibt, diejenigen gemeint, die von der Arbeit Anderer leben, ohne daß sie selbst etwas Nützliches auf Erden leisten.“

Präsident: „Und wen denn da im Besonderen?“

Frank: „Ich habe damals Niemanden genannt und glaube daher auch hier Niemanden nennen zu müssen.“

Präsident: „Zur Aufklärung des ganzen Falles und der Tendenz Ihrer Rede wird es doch nötig sein, und ich muß deshalb auf meiner Frage bestehen.“

Advokat Streit: „Ich sehe mich genöthigt, meinem Klienten das Recht auf Alleinbesitz seiner Gedanken zu mahnen. Jeder stellt sich unter Schmarogerpflanzen vor, wen er will; die Ansichten sind verschieden hierüber, und wenn sie nur nicht in beleidigender Weise mit Bezug auf genannte oder handgreiflich zu erkennende Personen geäußert werden, entziehen sich ganz der Verantwortung. Ein weiteres Dringen in den Angeklagten würde leicht den Charakter einer Gedanken-Inquisition annehmen.“

Staatsanwalt: „Die Sache steht doch nicht ganz so, wie die Vertheidigung behauptet. Bei der aufreißenden Tendenz der ganzen Rede hat gerade diese Stelle eine Bedeutung, die, wenn auch unausgesprochen, den Zuhörern gewiß verständlich war und in dieser Fassung auch ihren Zweck erreichte.“

Streit: „Die Vermuthungen des Staatsanwalts sind Vermuthungen des Staatsanwalts. Ich kann ihnen gegenüber nichts thun, als mich auf meinen Einspruch zurückzubeziehen.“

Präsident: „Sie können sich sehen, Herr Frank. — Es ist in der Anklage gegen Sie behauptet, Herr Barth, Sie hätten sich über das in unserem Staate zu Recht bestehende Wahlgesetz wörtlich dahin geäußert: „Der

der Macht der drohenden Wahrheit, daß es Uebereinstimmung „sozialdemokratischer Privatquellen“ und kommissioneller Ermittlungen in Betracht ziehen muß, so ist es uns im Uebrigen den Beweis dafür schuldig geblieben, daß jene privaten Erhebungen sich mit den Thatsachen im Widerspruch befinden. Wie sieht es übrigens mit den Schriften der Privatstatistiker Thun, Schnapper, Krubt, Emanuel Hans Sag, Hertner, um nur diese zu nennen? Gerade weil wir von allen Seiten die sozialen Verhältnisse beleuchten, deshalb bekämpfen wir auf das Allerentschiedenste jeden Versuch, die soziale Statistik in den Dienst einer bestimmten Tendenz zu stellen, wie dies offenkundig das Regulativ der künstlich zusammengesetzten Kommission (Hut- und so geht denn auch den Inspiratoren der „Norddeutschen“ der Athem aus, sobald sie statt leerer Behauptungen und unbegründeter Anwürfe mit Argumenten vorrücken sollen. Die „Norddeutsche“ meint zum Schluß:

„Nimmt aber das sozialdemokratische Zentralorgan hauptsächlich daran Anstoß, daß die zu bildende Kommission im Wesentlichen die ihr vom Reichslanger und Bundesrath zu stellenden Aufgaben zu lösen haben wird, so kann doch wohl kaum Jemand daran gedacht haben, daß etwa der sozialdemokratische Parteivorstand zu den „Instanzen“ gehören solle, welche der Kommission zu bezeichnen haben, welchen Gebieten sie ihre aufklärende Thätigkeit zuwenden solle.“

Ueberzeugender kann das Zutreffende unserer Beurteilung nicht aufgezeigt werden. In der That, die Arbeiterklasse, über deren Zustände zahlenthätiges Material zusammengebracht werden soll, hat keinen Anspruch darauf, gehört zu werden, und die Kommission ist gehalten, zu Anordnung der Regierung ihre begutachtende Thätigkeit zu beginnen. Haben nicht Reichslanger und Bundesrath bahnbrechend auf dem Gebiete der sozialen Statistik gewirkt, als sie — die Eisen, die Baumwoll-Enquete veranstalteten, ist die Erhebung über die Sonntagstruhe nicht eine Musterleistung? Hat nicht der Regierung des größten deutschen Bundesstaats, die auch im Reich die Leitung hat, die Erhebung über die preussischen Bergarbeiter-Zustände den Stempel objektiver, allseitiger sozialpolitischer Beleuchtung aufgedrückt? An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! —

Das Zentrum in „Opposition“. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat einstimmig beschlossen, die erste Rate für den Kreuzer K in dritter Lesung abzulehnen. Uns kann diese Verminderung der Ausgaben für die Kriegsflotte nur willkommen sein. Die Ultramontanen im Reichstage reagieren auf den Fall der Schulvorlage im preussischen Landtage wie zu erwarten war. Auch eine „Opposition“! —

Sonst und — jetzt? Der neue Kultusminister hielt am 4. Juli 1888 in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag, in welchem er sich über die Corpshudenten wie folgt äußerte:

„Ich bin Corpshudent gewesen, und wir wurden von Corps wegen geradezu angehalten, ins Kolleg zu gehen. Das soll ja freilich jetzt anders geworden sein. Die farbentragenden Studenten sollen sich, außer den Medizimern, kaum noch im Kolleg sehen lassen. Ein hiesiger angesehener Professor versicherte mir jüngst, daß ein Corps in Heidelberg seinen Mitgliedern und Prüflingen den Kollegienbesuch als unabhängig geradezu verbiete. Das wäre denn freilich die Krone eines unsinnig gewordenen studentischen Lebens. Wichtig ist nach meinen Erfahrungen, daß die Corps an die Lebenshaltung ihrer Mitglieder jetzt Anforderungen stellen, die schon finanziell für nicht sehr reiche Väter kaum erschwinglich sind. Daraus ergibt sich dann auch leicht eine Gewöhnung an materielle Genüsse und eine Summe von Ansprüchen, die neben stüdischen und materiellen Gefahren auch auf das wissenschaftliche Leben ungünstig zurückwirken müssen. Ein hiesiger Richter, welcher der freisinnigen Partei angehört, beklagte sich vor einiger Zeit gegen mich in den bittersten Ausdrücken über die erlaunliche Unwissenheit und Interesselosigkeit zahlreicher Referendarien über deren völligen Mangel an idealer Lebensauffassung, und wenn dies Zeugniß eines Profiteurs, der doch täglich Gelegenheit hat, unseren juristischen Nachwuchs zu beobachten, mit den Wahrnehmungen der akademischen Lehrer übereinstimmt, so scheint in der That die Beforsung nicht unbegründet zu sein, daß die tonangebenden Kreise unserer akademischen Jugend Wege gehen, welche die Bewahrung der traditionellen Tüchtigkeit unseres Beamtenthums ernstlich zu gefährden drohen.“

Außerdem klagte Herr Boffe, die Vorbildung der Verwaltungsbeamten sei unzulänglich; namentlich würden die tüchtigen Gewerbedeputierten immer seltener; bei der Mehrzahl der jüngeren Beamten finde man oberflächliches Ab-

Selbsch wurde zum Maßstab der politischen Reife und Rechtsbefugniß gemacht. So entstand das Klassenwahlgesetz, nach welchem man angenommen haben muß, daß einer, der bestimmt ist, Hunderttausende zu erben, von der Vorsehung mit hundertmal mehr Verstand begabt wird, als einer, dem es beschieden war, als Sohn eines armen Gelehrten geboren zu werden.“ Sie haben in der Voruntersuchung zugestanden, diese Worte gesprochen zu haben; ich frage Sie zunächst, ob Sie dieselben auch jetzt noch als von Ihnen so gesprochen anerkennen?“

Barth: „Ich erkenne diese Worte als die meinigen an.“

Präsident: „Sie sind gebildet genug, Herr Barth, um einzusehen, daß diese Darstellungsweise nicht geeignet ist, die Achtung vor dem in unserem Staate zu Recht bestehenden Wahlgesetz zu erhöhen?“

Barth: „Das war auch meine Absicht nicht, Herr Präsident.“

Präsident: „Nein, das war Ihre Absicht nicht, und Sie sind sich gewiß bewußt, daß Sie damit das Gegentheil bewirkt haben?“

Barth: „Wie es meine Absicht war, Herr Präsident.“

Präsident: „Sie gestehen also die bössliche Absicht ein?“

Barth: „Die bössliche Absicht nicht, Herr Präsident, sondern nur die Absicht.“

Präsident: „Wenn Sie das Vertrauen zu Staats-Einrichtungen und die Achtung vor Gesetzen erschüttern wollen durch derartige Darstellungen, nennen Sie die Absicht dazu nicht eine böse?“

Barth: „Es kommt auf den Endzweck an, wie ich mir vorstelle. Mein Endzweck aber ist nicht, das Vertrauen und die Achtung vor gesetzlichen Zuständen zu erschüttern, sondern heilsame und nothwendige Reformen zu erstreben. Wie kann man das aber anders, als indem man das Unhaltbare, Schädliche und Widerwärtige der zu verbessernden Staatseinrichtungen nachweist?“

Präsident: „Ich will annehmen, daß dies Ihr Endzweck war, meine aber, daß Sie den viel besser erzielbaren konnten, wenn Sie ruhige Uebersetzung anwendeten und sich frei von Uebertreibung hielten!“ (Fortsetzung folgt.)

urtheilen in Hülle und Fülle, gediegene Arbeit aber so selten, daß jede einigermaßen werthvolle Arbeitsleistung sofort auffällt. Als Kultusminister hat Herr Boffe ja Gelegenheit, mit dem Unfug des Korpsstudententhums gründlich aufzuräumen. Es fragt sich bloß, ob der Kultusminister noch so denkt wie der Geheimrath. —

Großmuth gegen die armen — Standesherrn. Nicht bloß die armen preussischen Standesherrn, denen, obwohl sie kein Recht dazu hatten, fürstliche Großherzigkeit — auf Kosten der übrigen Steuerzahler — die Steuerfreiheit zum Geschenk machte, sondern auch die neu einverleibten heftischen, nassauischen und hannoverschen Standesherrn, welche vorher keinerlei Steuerfreiheit genossen, sollen jetzt für Aufhebung ihrer wiederrechtlich genossenen Steuerfreiheit noch eine besondere Entschädigung erhalten. Zu den Standesherrn, welche ohne jeden Rechtsanspruch solche erhalten sollen, gehören die Häuser Jfenburg-Birlein, Jfenburg-Büdinger-Wächtersbach, Jfenburg-Büdinger-Meerholz, Solms-Rödelheim und Bentheim-Steinfurt. Es ist dieses auch dem Ministerium selbst nicht unbekannt, wie es der von dem Geheimen Ober-Finanzrath und vortragenden Rath im Finanzministerium, B. Jünsting, herausgegebene Kommentar zum Einkommen-Steuergesetz vom 24. Juni 1891 beweist. In Preußen wurde den genannten Standesherrn durch eine nicht einmal veröffentlichte, also auch nicht rechtskräftige Verordnung vom 15. September 1887 Steuerfreiheit gewährt. Mit Recht könnte man von ihnen die Rückzahlung der rechtswidrig unerschobenen Steuern verlangen, statt dessen wird ihnen, den armen Standesherrn, noch ein grobhartiges Vermögen zum Geschenk gebracht. Der großmüthige Staat, der den unteren Beamten, den armen Hilfschreibern, Weichenstellern und Bahnarbeitern nicht einmal das genügende Brot zum Sattessen gewähren kann, hat Mittel genug, um die Gelüste fürstlicher Herren nach Sektgelagen und sonstigen standesgemäßen Genüssen zu befriedigen. Der preussische Landtag wird seine großmüthige Hand öffnen; im preussischen Abgeordnetenhaus, das eine reine Bourgeoisvertretung, unverfälscht durch das allgemeine gleiche Wahlrecht und sozialdemokratische Abgeordnete ist, findet Niemand das richtige Wort, diese solche Großmuth gebührend abzufertigen und die hohen Standesherrn, welche den Staat ansaugen, mit den für sie passenden Prädikaten zu schmücken. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat selbst Eugen Richter Wadefsträmpfe an. —

Studentische Raseweisheit. Die „Akademischen Blätter“, Verbandsorgan der Vereine deutscher Studenten fühlen die Diebe, die wir leider so oft der roh-brutalen, geistesdöden und servilen studentischen Jugend zu ertheilen haben, recht empfindlich, aber — sie können uns nicht lägen strafen. Betreffs unserer Fälschung der „Rubenmoral“ der Berliner Studenten-Zeitung „Vivat academia!“ erklärten die „Akademischen Blätter“, daß jene Studenten-Zeitung „auch nicht in einer einzigen deutschen Verbindung Akzeptanz“ habe, sie sei ein Privatunternehmen, und fügen dann die läppische Bemerkung hinzu, daß deren Dunder vielleicht nähere Beziehungen zur Sozialdemokratie als zur Studentenschaft habe. Unserer Bemerkung über die „Schneidigkeit“ der Korpsburschen, die sich in brutalen Rohheiten hervorthun, möchten die „Akademischen Blätter“, sogar in einigem beistimmen, wenn unsere Angriffe nicht so grenzenlos übertrieben wären. Ja, aber warum greifen die „Akademischen Blätter“ nicht selbst, ohne grenzenlose Uebertreibung, die Korpsburschen in dem, worin sie mit uns übereinstimmen, an? Einmal weil sich die studentischen Rohheiten nicht einzig auf die „Korps“ beschränken und dann auch, weil die Vereine deutscher Studenten, welche das Blatt vertritt, einen höllischen Respekt davor haben, mit den vornehmen Korps anzubinden. Dazu fehlt ihnen die Courage. —

Zu der Geschichte des Welfenfonds. Auf die Mittheilung der „Arenz-Zeitung“, daß die von Zürich aus angelegte Veröffentlichung von Welfenfondsquittungen auf Fälschung beruht, erschien am 26. März der Depositär der betreffenden Dokumente bei dem Züricher Korrespondenten der „Neuen freien Presse“, legte ihm die hundert Beläge vor und ermächtigte ihn zu folgenden Mittheilungen: Wie aus dem Augenschein zu entnehmen, sind die Quittungen hauptsächlich von den höchsten Würdenträgern, von Offizieren u. s. w. unterzeichnet. Sie lauten auf Summen von zweitausend Mark bis zu sechzigtausend Mark. Das Verblüffendste sind Quittungen preussischer Minister, hoher Geistlicher und eines parlamentarischen ersten Ranges. Die Beläge selbst sind sehr verschiedenen Aussehens, theilweise auf Vordruckformularen ausgestellt, mit handschriftlichen Vermerken versehen und lauten auf den Welfenfonds oder die Verwaltung des mit Beschlag belegten Vermögens des Königs von Hannover. Die Quittungen machen den Eindruck der Echtheit, soweit der Augenschein eben ein Urtheil ermöglicht. „Unsere Auffassung, daß der Verleger der Broschüre ein Schacher-geschäft treibe und offenbar wegen der Schweige-gelder noch nicht ins Reine gekommen sei, findet einen Anhalt durch die Mittheilung der „Neuen freien Presse“, daß vorläufig das genaue Datum und der Betrag der quittirten Summe eines jeden Belegs und Angaben über die Aussteller, und vorerst nur ein Faktum der Unterschrift einer der höchsten Persönlichkeiten veröffentlicht werden würde. Die vollständige Enthüllung der Namen solle erst im zweiten Theile der Faksimile-Ausgabe gegeben werden.“ Das ist die übliche Revolver-Taktik, die mit den Schänen ihres Geheimchrank droht und löschlägt, sobald kein Geld im Kasten klingt. Ober aber, es will derjenige, welcher hinter dem Cäsar Schmidt steht, der Lieferant der Quittungen, irgendwo einen Druck ausüben, um irgend etwas zu erreichen. Wenn Fürst Bismarck in überquellendem Wahrheitsdrange die Existenz von Welfenfonds-Quittungen abtuegt, so wissen die, welche ihm Glauben schenken, in der That nicht, wie der lacht, welcher — die Beläge hergegeben hat. — Auf die Narrenheideung des würdigen „Reichsboten“, „der eigentliche Akteur hinter den Koulissen“ sei „ein ungetreuer Diener“ Bismarck's, und die — Sozialdemokratie, „näher einzugehen, liegt für uns kein Grund vor, da Fälschung bereits vorüber und der 1. April noch nicht da ist. —

Oesterreichische Staatsretter. Zu einer auf Eingeladene beschränkten sozialdemokratischen Konferenz wurde in Graz mit Recht nach dem Geheiß der Polizei der Zutritt verweigert. Sofort erschien ein Polizeikommissar mit zwanzig Schutzleuten, welche die Versammlung auflöste. —

Hungertypus in Galizien. Auch in Staremiasto (Ost-Galizien) brach der Hungertypus aus. —

Politik von der Kanzel. In Pariser Kirchen haben eifrigere Prediger ihre salbungsvolle Beredsamkeit gegen den Sozialismus entfaltet, und es ist dabei zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Sozialisten sind angeblich in die Kirchen gegangen und haben laut gegen die geistlichen Kritiken protestirt. Wir sind der Ansicht, daß man die Klerisei und ihre Schäflein ruhig sich selber überlasse. Die frommen Hirten mögen reden, was sie wollen, eine entschiedene, durchgreifende Agitation unter den Arbeitern läßt die kirchlichen Seelenrettungs-Versuche elend scheitern. Am 26. März beschäftigte sich die Kammer mit den Kirchen-Scandalen. Ein Ultramontaner erklärte, die Priester hätten das Recht, solche Predigten zu halten. Die Katholiken könnten wohl die Republik anerkennen, revolutionäre Doktrin aber könnten sie nicht annehmen. Der Ministerpräsident Doubet erklärte hierauf, die Regierung werde nicht zulassen, daß die Kanzel zu einer politischen Rednertribüne umgewandelt werde. Sollten die Gesetze nicht ausreichen, so würde die Regierung die Kirche schließen lassen. Ueber eine Predigt eines triftigen Jesuiten (Pater Forbes), welcher über die Armee beleidigende Äußerungen gethan hatte, befragt, erwiderte Doubet, der betreffende Prediger werde ausgewiesen werden. Schließlich wurde eine Tagesordnung, welche die Erklärung der Regierung billigt und die letztere auffordert, den Minister der Kulte zur Beobachtung der Gesetze der Republik zu verpflichten, mit 354 gegen 116 Stimmen angenommen. Die Tagesordnung hat einen widerwärtigen Kulturkämpfer-Beigeschmack. Krawalle können verhindert werden, ohne daß den Geistlichen die Redefreiheit beschränkt wird. Die Ausweisung des Jesuitenpaters aber ist echt — bismarckisch. —

Pariser Dynamit-Abenteuer. Am 27. d. M. ist das Haus Rue Clichy 89 in Paris durch eine Dynamit-Explosion angeht, bis auf die vier Mauern zerstört worden. Sechs Personen sind verletzt worden, keine lebensgefährlich. Der Vorfall wird den berufenen Anarchisten, die seit Constans' Sturz Paris unsicher machen, auf's Kerholz geschrieben. In dem beschädigten Hause wohnt der Generalprokurator Bulloz, der die Voruntersuchung in einem Anarchistenprozeß leitet. Der französischen Polizei und ihrer Patronin, der Regierung, plagt diese Dynamitladung sehr gelegen. Will sie doch politisch kompromittirte Ausländer ausweisen, eine Gefälligkeit, die in erster Reihe dem Jaren erwiesen wird, dessen „Unterthanen“ in Frankreich ein Upl vor der russischen Barbarei gefunden zu haben glaubten. Wie gemeldet wird, sind bereits eine Anzahl Fremder ausgewiesen worden. Auch das jüngste Ereigniß bestärkt uns in der grundsätzlichen Auffassung, daß es sich hier um bestellte Arbeit handelt. Lockspitzel, die zu jedem Schurkenreich zu haben sind, und Thoren, welche sich von den Agenten der Reaktion zu wahnwitzigen Handlungen gebrauchen lassen, sind die Größen, welche in den Berechnungen des Polizeismus unumwandelbar erscheinen. Die Dynamit-gesetz-Kommission der Deputirtenkammer benutzte die letzte Explosion dazu, ihrem Blutgesetz die naive Bestimmung hinzuzufügen, daß das Niederlegen von Sprengstoffen auf öffentlichen Wegen mit dem Tode zu bestrafen sei. Daß die findige Polizei den Dynamit-Attentäter kennt — wie sollte sie auch nicht? — versteht sich. Ravachol ist's, der unschubbare, der furchtbare R a v a c h o l, um dessen Haupt sich bereits ein Sagenschein gebildet hat. Ravachol hat die früheren Explosionen verschuldet, er, der ein, zwei, drei, ein halbes Duzend Raubmorde begangen hat, und in den Ruhestunden, die ihm sein Brigantenberuf gemährt, anarchistische Politik treibt, Louise Michel verehrt, kurz der Ausbund eines Saborian'schen Kriminalroman-Helden ist. Wo ist Ravachol? Auf der Flucht. Sämmtliche Geheimpolizisten sind auf den Beinen, auf ihn zu jähren, man kontrollirt, patrouillirt, photographirt, man telegraphirt, Alles ist umsonst. Ravachol spult in der Hauptstadt so sicher, wie wenn er eine Tarisappe trüge, er eilt zur Rue Clichy 89, ungeschen, das Dynamit im Gewande, und die Katastrophe ist da. Was ist der Jean Balsan, dieser Hero des Verbrecherthums, den Viktor Hugo in den „Elenden“ verherrlicht hat, gegen Ravachol, den Lumpenproletarier, den Dynamitarden, den guten Bekannten der Polizei? —

Der englische Kohlenarbeiter-Streik. Die Kohlenarbeiter von Durham halten aus, und sie sind auch in einer relativ günstigen Lage. Der Kohlenarbeiter-Verband hat jedem seiner Mitglieder eine Extrasteuer von 50 Pfg. (1 sixpence) die Woche für die Durhamer aufgelegt, was wöchentlich 4450 Pfund Sterling (89 000 M.) ergibt; und auch von anderen Arbeiterorganisationen laufen reichliche Beistümer ein. Auf ein Vierteljahr waren aber die Durhammer, wie sie erklärt haben, „verproviantirt“. Wenn nun auch den Grubenbesitzern ein Streik von kürzerer Dauer durchaus nicht unangenehm war, so verträgt eine Verlängerung des Streiks sich doch keineswegs mit ihren Interessen; einige Bergwerke sind in Gefahr zu „erfaufen“, und in allen verdirbt die Maschinerie, Zimmerung und Manerarbeit. Unter solchen Umständen dürften die Grubenbesitzer sich doch bald eines anderen bestimmen, und, wenn sie auch nicht die ganze Lohnreduktion zurücknehmen, sich wenigstens zu einem Kompromiß entschließen. —

Massenjustiz überall. Das Kopenhagener Kriminalgericht hat den Redakteur des sozialistischen Wochenblattes „Arbeteren“ wegen seiner die Arbeiterklasse „zum Aufruhr aufreizenden“ Artikel zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt. —

Der Jarrismus als Mordelbender. Die bulgarische Regierung hat in Sachen der Ermordung ihres Konstantinopeler Agenten Vullomitsch folgende Thatsachen festgestellt:

Am 24. Februar, also an dem Tage, an welchem Vullomitsch ermordet wurde, erschienen gegen halb 9 Uhr Abends zwei Personen auf dem Deck des russischen Schiffes „Der Jar“ und forderten von dem Kapitän Demgier, so rasch als möglich nach Russland besördert zu werden. Der Kapitän wollte diesen Wunsch ablehnen, aber die beiden Männer bedenkten ihm sehr energisch, er werde alsbald von der russischen Botschaft den begünstigten Auftrag erhalten. Hierauf gestattete ihnen der Kapitän, über Nacht auf dem Schiffe zu bleiben; er gebrauchte jedoch die Vorsicht, die ihm unheimlich scheinenden Passagiere durch eine Wache beobachten zu lassen. Einen Tag später, am 25. Februar, erhielt der Kapitän einen Befehl von Herrn von Neldow, die beiden Individuen nach Russland zu transportiren, und Nachmittags verließ das Schiff „Der Jar“ Konstantinopel

mit den muthmaßlichen Mördern des bulgarischen Agenten. Am 27. Februar traf das Schiff in Odessa ein. Die beiden politisch wichtigen Passagiere desselben wurden dort von drei Agenten der russischen Geheimpolizei erwartet. Dieselben waren bulgarischer Nationalität und früher in Sofia Vertrauensmänner eines gewissen Socharulow, zur Zeit als dieser Kanak der russischen Agentenschaft in Sofia war. Diese Agenten empfingen die beiden Spieschgesellen in herzlichster Weise und führten sie sofort zu Herrn Putiater, dem früheren Sekretär des russischen Konsulats in Philippopol und der russischen Gesandtschaft in Bukarest. Derselbe ist augenblicklich in Odessa der Leiter des panslawistischen Komitees für den Orient. Für diese Thatsachen liegen der bulgarischen Regierung die Aussagen glaubwürdiger Zeugen vor.

Einer der russischen Banditen, Schischmanow, den die türkische Polizei abspalte und — den Russen übergab, soll wieder in Konstantinopel sein. Es giebt wohl neue „Arbeit“? —

Die nächste Weltausstellung. Anlässlich der Pariser Weltausstellung schrieben wir, jetzt seien nur noch die Vereinigten Staaten im Stande, eine Weltausstellung zu halten, denn nur sie könnten Paris überbieten. Das scheint sich erfüllen zu wollen. Nachdem die Vorbereitungen für die amerikanische Weltausstellung in Fluss gekommen sind, läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß dieselbe großartig ausfallen wird. Ein Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ in Chicago schreibt: „daß voraussichtlich die Chicagoer Weltausstellung an Massenhaftigkeit und Verschiederartigkeit der Ausstellungsobjekte wie an Zahl der Aussteller und Besucher alle bisherigen internationalen Ausstellungen weit übertreffen und im engen Rahmen ein plastisches Kolossalbild der Weltindustrie und Völkertypen darbieten wird, wie es bis jetzt, trotz allem Großartigen, was in dieser Beziehung geleistet wurde, nicht dagewesen ist.“

Jedenfalls ist, außer in den Vereinigten Staaten, keine Industrie-Weltausstellung mehr möglich, welche den Namen verdient. —

Vom Aufstand in China. Nach Meldungen aus Shanghai sind während des letzten Aufstandes in der Mongolei fast 8000 Aufständische mit dem Schwerte getödtet und 500 lebendig verbrannt worden. Im Ching-Chang-Gebiete stelen 1800 Mann der kaiserlichen Truppen in die Hände der Rebellen. 800 Mann wurden niedergemetzelt, die übrigen wurden verbrannt. —

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Dr. Schier (Hanau) noch auszusuchen und das Ergebnis neu beschlossener Erhebungen abzuwarten. Durch diese Erhebungen soll die Stellung der Ordiniere zum Polizeidienst klar gestellt werden.

Der neugewählte Abgeordnete für den 22. sächsischen Wahlkreis, Franz Hofmann, der letzte vom dritten Duzend, ist heute in den Reichstag eingetreten und hat, von seinen Kollegen freundlich begrüßt, im Kreise derselben seinen Platz eingenommen. Mit Hofmann zählt die sozialdemokratische Fraktion jetzt sechs gelernte Zigarrenarbeiter.

Der Petitions-Kommission sind bis heute in gegenwärtiger Session 42 543 Petitionen überwiesen worden.

Zur Berathung dieser Petitionen hielt die Kommission fünfzig Sitzungen ab.

Beim Plenum wurde von der Kommission beantragt:

bezüglich 5344 Petitionen:	Ueberweisung an den Reichstangler;
1208	Uebergang zur Tagesordnung;
8888	Erledigung durch Annahme von Bescheidwürfen etc.;
4035	Ungeeignet zur Erörterung im Plenum.

2007 Petitionen sind, da sie verschiedene Materien betrafen, Gegenstand einer mehrmaligen Berathung und Beschlußfassung gewesen.

Ueber 1184 Petitionen hat die Kommission bereits Beschluß gefaßt, jedoch sind die bezüglichen (7) schriftlichen Berichte nicht mehr zur Feststellung gelangt.

Von den in der Kommission nicht mehr zur Berathung gekommenen 24 189 Petitionen betreffen 22 406 das Jesuitengesetz, 1081 Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin etc., 508 Trunksucht, Prostitution u. s. w., 115 Identitätsnachweis und 29 verschiedenen Inhalt.

Die Kommission hat 52 schriftliche Berichte nebst 4 schriftlichen Nachtragsberichten und 43 mündliche Berichte dem Reichstage vorgelegt, davon sind bis heute im Plenum 49 schriftliche und 31 mündliche Berichte erledigt. Ein schriftlicher und ein mündlicher Bericht wurden an die Kommission zurückverwiesen. Zurückgezogen wurden 7 Petitionen.

Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Arbeitstatistischen Kommission wurde in der heutigen Fraktions-Sitzung Genosse Schippel bestimmt.

Parteinachrichten.

Und Gelsenkirchen wird am unterm 27. März geschrieben: Die Anaptschaftskältesten Wahlen haben bis heute die Gemüther in Aufregung erhalten. Es hat einen sehr heißen Wahlkampf gegeben, überall ging es mit Macht gegen die „Rothen“. So nannte uns die Zehnpartei. Die Ultramontanen und nationalliberalen Zeitungen leisteten ihr Möglichstes an Beschimpfungen und Verhöhnungen, auch die Gewerksvereine hatten sich auf die Seite der Gegner gestellt. Allerdings hat alles nichts genützt, die Sozialdemokratie siegte fast überall. Die Nachrichten, die von Dortmund, Bochum, Witten einliefen, lauten alle: Sieg auf der ganzen Linie! Hier in Gelsenkirchen wurden ganz besondere Anstrengungen gegen die Kandidatur des Vertrauensmannes der Partei gemacht. Die hiesigen Zehnen gaben die Parole aus, die Arbeiter könnten wählen, wen sie wollten, nur den Meinert nicht. Dies war jedoch Del ins Feuer. Meinert wurde gewählt, und zwar mit großer Majorität. Für die nächsten Reichstagswahlen kann der Ausfall der Wahlen der Anaptschaftskältesten als gutes Vorzeichen betrachtet werden. So hängt es doch endlich auch in den schwarzen Bezirken Westfalens zu tagen an!

Zum „geistigen Kampfe“, wie ihn die Gegner lieben, wird aus Steinhilber-Hallenberg in Thüringen ein Beitrag geliefert. Als derselbe Genosse Paul Jahn aus Berlin in einer Versammlung über Christenthum und Sozialismus sprach, kürzte eine Anzahl Gegner auf den Referenten zu und insultirte ihn thätlich. Die Versammlung wurde infolge dieser Mißpelle der Gegner aufgelöst. Dem Fortschritt unserer Ideen in jenem Orte kann das Vorkommniß nur förderlich sein.

Theater.

Dienstag, den 29. März.
Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern - Chöre.) Der Waffenschmied.
Schauspielhaus. Das heilige Lachen.
Deutsches Theater. Der Richter von Solamea.
Lesing-Theater. Der Fall Glomenceau.
Berliner Theater. Der Weichenfresser.
Wallner-Theater. Der Löwe des Tages.
Residenz-Theater. Der kleine Schwere nörther (Ferdinand le nocour.)
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Ein blauer Teufel. Eine vollkommene Frau. Frühere Verhältnisse.
Bellevue-Theater. 1. Regitation von August Zunker mann mit lebenden Bildern. 2. Onkel Bräutigam letzte Stunden. Du drögest de Bann weg. Jochen Pöfel, wat büßt Du vorn Gef.
Ostend-Theater. Berlin im Jahre 2000.
Adolph Ernst - Theater. Der Lanzenfuss.
Ferienpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebäude Richter's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.

Dienstag, den 29. März 1892,
 Abends 7 1/2 Uhr: **Außerordentliche Vorstellung.** Zum 191. Male:
„Auf Helgoland“
 oder: Ebbe und Fluth. Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen vom Direktor E. Renz. National-Tänze (65 Damen). Einlage: **Tucherkessen** u. Dampf schiff u. Bootsfahrten, neue überraschende Licht u. Feuerwerke. 80 Fuss hohe Riesenfontaine. Außerdem: **Zyaska, Zante, Duboss und Bravo**, arab. Vollblut-Schimmelhengste, zus. vorgeführt von Herrn **Franz Renz**, Colmar, ger. v. d. beliebtesten Schulreiterin **Fräulein C. Hager**. Eine Schulquadrille, ger. v. 8 Herren. **Sisters Lawrence** am Ring. Trapez. 6 Gladiatoren, plastische Gruppierungen. Auftreten der Reittänzerin **Fräulein Edith**. **Mr. Alex. Briatore**, Saltomortales-reiter. Romische Entrees u. Täglich „Auf Helgoland“.
E. Renz, Direktor.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 163a, Ecke Behrenstr.
 Interessanteste Völkerschaft
 Junger-Afrikaner:

Schuli
 d. Emin Pascha-Relich.
30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.
 Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
Riese, 9 Fuß, Zwerg, 25 Zoll.
 Mann m. Steinkopf.
Pigmy v. Stanley-Zwergvolk.
 10-1 4-9 Uhr.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstrasse 77-79.
 Heute, sowie täglich:

Gr. Freizeitzert.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 20 Pf. Entree. Anfang 6 Uhr. Empfehle meinen berühmten Mittagstisch à la Duval. Diner à 1 Mark. 3 Regeltbahnen, 6 Billards, 3 Café. 1169L

Gr. Bock-Ausschank
 aus der Berliner Beck-Bräuerei.

KRONENGARN.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf**,
 Chausseest. 123, am Oranienb. Thor.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das II. Quartal 1892,
 am Freitag, den 1. April, in Kraft tretend.
 Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends.

	Nordschule. Müllerstr. 179a.	Südschule. Fogelsbergerstr. 43.
Montag	Deutsch (mittl.)	Rechnen.
Dienstag	Geschichte (mittl.)	Deutsch (mittl.)
Mittwoch	Deutsch (ob.)	Geschichte (neu).
Donnerstag	Buchführung.	Deutsch (ob.)
Freitag	Chemie.	Buchführung (doppelt).
do.	Deutsch (untl.)	—
Sonnabend	Physiologie.	Deutsch (untl.)
	Rechnen.	—

Ostschule. Markussstr. 31.
 Montag Buchführung.
 Dienstag Physiologie.
 Mittwoch —
 Donnerstag Deutsch (mittl.)
 Freitag Rechnen.
 Sonnabend Geschichte (mittl.)
 Deutsch (untl.)

Süd-Ostschule. Reichenbergerstr. 183.
 Montag Rechnen.
 Dienstag Deutsch (mittl.)
 Mittwoch Mathematik.
 Donnerstag Deutsch (ob.)
 Freitag Geschichte (alt.)
 Sonnabend Deutsch (untl.)
 Buchführung.

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppelräume ertheilt.
Für alle vier Schulen: an jedem Sonntag Vormittags 10-12 Uhr: National-Oekonomie. Das Lokal wird noch bekannt gemacht.
 Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist, erfolgen. Dasselbe wollen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Unterricht ihre **Schulkarten** einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch **Willetts zum Aquarium à 40 Pf. und zur Urania à 25 Pf.** (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.
 Die Zahlstellen sind folgende:

S. Südschule, Fogelsbergerstr. 43. *Börner, Ritterstr. 108. Gründel, Dresdenerstr. 116. Klein, Kottbusser Damm 14.	C. *Berndt, Neue Schönhauserstr. 18. Kuhlmei, Rosenstr. 30.
SO. Südostschule, Reichenbergerstr. 183. Kehr, Köpckeinstr. 126. Schmidt, Wangelstr. 141. *Schulz, Admiralsstr. 40 a. Ulrich, Wangelstr. 84. Zubell, Raunstr. 86. Linke, Forsterstr. 45. Schayer, Reichenbergerstr. 54.	N. Nordschule, Müllerstr. 179a. Krause, Pappel-Allee 3/4. Abraham, Straßburgerstr. 5. *Gleisner, Müllerstr. 174. Gnadt, Brunnenstr. 38. Klein, Gartenstr. 171. Lehmann, Brunnenstr. 83. Schmidt, Tressowstr. 24. Thierbach, Schwedterstr. 44. Raabe, Ruppinerstr. 42. *Scholz, Kastanien-Allee 35.
SW. Grube, Mariendorferstr. 10. *Pafforke, Junferstr. 1. Gospel, Kahbachstr. 1. *Antrick, Steinwegstr. 60.	NO. *Gumpel, Barnimstr. 42. Drescher, Einienstr. 50.
O. Ostschule, Markussstr. 31. A. Böhl, Hübendorferstr. 8. E. Böhl, Frankfurter Allee 74. Radke, Kraussstr. 48. *Loek, Friedrichsbergerstr. 11. Tempel, Breslauerstr. 27. Rusch, Markussstr. 31.	NW. *Vogtherr, Stephanstr. 27a. Voss, Lübeckerstr. 8.

Friedrichsberg.
 Heineke, Friedrichs Karlstr. 11.
Der Vorstand.

Achtung! Öffentliche Versammlung sämtlicher Gewerkschaften

am Sonntag, den 3. April, Vormittags 9 1/2 Uhr, im „Ferien-Palast“, Burg- und St. Wolfgangstraßen-Ecke.
Tagesordnung:
 Fortsetzung der Diskussion über die Geschäfte des Halberstädter Gewerkschafts-Kongresses, betreffs der sogenannten Lokolorganisation.
 Die Vorstände aller Gewerkschaften sowie die Vertrauensmänner der Partei werden im Interesse dieser Versammlung ersucht, an diesem Tage keine Versammlung einzuberufen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Das Bureau der Versammlung vom 27. März.
 J. A.: Hugo Lehmann, Buttmanstr. 20 II.

Sattler und Fachgenossen! Versammlung

am Mittwoch, den 30. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Klubhaus, Annonenstrasse 16.
Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Berndt über: „Die Pariser Kommune.“ 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. Gäste willkommen.
 Hierzu ladet ein **Der Vorstand.**
 Sonnabend, den 2. April, im Restaurant Schmiedel, Alte Jakobstrasse 32:
Stiftungsfest.

Zur Aufführung gelangt: „Die Bismarckspende“. Lustspiel in zwei Aufzügen. Angeführt von Kollegen. Billets sind in der Versammlung zu haben.

Bekanntmachung.
 Vom 1. April d. J. befindet sich meine **Cigarren- und Tabakfabrik** nicht mehr Bräderstraße 20, sondern **Oranienstr. 191, Heinrichsplatz.**
Ewald Nitter,
 (Telephon-Anschluss.)
 Weltbekannt durch seine berühmten Spezialmarken in Qualität und Preiswürdigkeit.

Billigste und beste Bezugsquelle Berlins für **Cigarren.** Jeder überzeugt sich durch einen Versuch.

Echt Stonsdorfer, Bitter-Liqueur, Str. 1,20 Btl., 10 Str. 10 Btl.
Johannisbeer-Wein, vorzüglich, Flasche 55 Pf., 10 Fl. 5 Btl.
Maitrank, frischen, Flasche 65 Pf., 10 Flaschen 5,50 Btl.
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literl. 2,10 Btl.
Himbeer, Kirsch, Johannisbeersaft, Biter 1,20 Btl.
Eugen Neumann & Co., 81 Neue Friedrichstr. 81.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Versammlung
 am Dienstag, den 29. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Bielefeld's Salon „Zum Spreewald“, Hasenstraße 12.
Tagesordnung:
 1. Vortrag: „Die Ziele der Sozialdemokratie.“ Referent: Genoff.
Th. Metzner. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragelasten. 450/9
 Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Versammlung
 am Dienstag, den 29. März, Abends 8 Uhr, in der Brauerei Böttzow, Prenzlauer Thor.
Tagesordnung:
 1. Der Großbetrieb und das Handwerk. Referent: Reichstags-Abgeordneter **J. Auer.**
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
 385/15 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Versammlung
 am Dienstag, den 29. März, Abends 8 Uhr, in Ahrens Brauerei, Churm-Strasse Nr. 25/26 (Moabit).
Tagesordnung:
 1. Die Bestrebungen der deutschen Bodenbesitz-Reformer und die Sozialdemokratie. Referent Herr Dr. Vorhardt. 2. Diskussion.
 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragelasten. 423/18
 Der hochwichtigen Tagesordnung wegen und um die Diskussion rege und geistig nutzbringend zu gestalten, ersucht um zahlreichen Erscheinen **Gäste haben Zutritt.** **Der Vorstand.**

Berlag des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

In unserem Verlage erschien soeben:
Gewerbe-Ordnung
 für das Deutsche Reich
 vom 21. Juni 1869,
 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 23. April 1886, 6. Juli 1887 und die Novelle von 1891 eingeführten Aenderungen.
 Mit erläuternden Anmerkungen u. ausführlichem Sachregister.
 16 1/2 Bogen Taschenformat.
 Preis elegant kartonirt 1 Mark.

Mit dem 1. April tritt die durch die Novelle vom Jahre 1891, das sogenannte „Arbeiterschutzes-Gesetz“, veränderte Gewerbe-Ordnung in Kraft, und wird sich die Anschaffung derselben für jeden, sei er nun selbständiger Gewerbetreibender oder Arbeiter, als eine zwingende Nothwendigkeit herausstellen.
 Unsere Ausgabe ist den Bedürfnissen der Arbeiter angepasst. Die oft schwer verständlichen Gesetzesparagraphe sind durch entsprechende Anmerkungen erläutert. Ein umfassendes Sachregister, sowie die solide Ausstattung werden jedenfalls zur weitesten Verbreitung beitragen.
 Vereinen und Wiederverkäufern gewähren wir beim Partiebezug entsprechenden Rabatt.

Ich habe keine Filialen und stehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung.
Das Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft
 von **J. BAER,**
 Berlin N.,
 nur Gesundbrunnen, Badstraße 18,
 empfiehlt, wie hinlänglich bekannt, seine in jeder Beziehung nur realen Waaren, in neuesten Mustern und großartiger Auswahl.

Eleg. Rammgarnanzüge 24, 27, 30, 33-42 M.
 Elegante Paletots 16, 18, 20, 24-30 M.
 Eleg. Jacketanzüge 19, 21, 24, 27-36 M.
 Elegante Hosen 5, 6, 7, 8, 9, 10-15 M.
 Eleg. Einsegnungsanz. 14, 16, 18, 20-25 M.
 Reizende Knaben-Anzüge und -Paletots in jeder Größe und neuesten Facons.
Arbeitsachen,
 äußerst dauerhaft gearbeitet, in jeder Preislage.
Zu Bestellungen nach Maß
 empfehle mein grosses Lager in- und ausländischer Stoffe in solidester Ausführung und zu allerbilligsten Preisen.

Eleganter Sitz. Reelle Bedienung.
 Hierzu zwei Beilagen

Parlamentarische Berichte.

Deutscher Reichstag.

205. Sitzung vom 28. März, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, v. Malshahn, v. Marshall, v. Kattenborn, Hollmann.

Eingegangen ist eine Vorlage, betreffend die Vergütung des Kalkozoll bei der Ausfuhr von Kalkfabrikaten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Nachtrags-Etats für 1892/93, in welchem als erste Rate für den Neubau bzw. Ausbau strategischer Bahnen an der Ost- und Westgrenze des Reichs, Gesamtbetrag rot. 82 Millionen Mark, die Summe von 9 643 400 M. gefordert wird.

Abg. Dammacher (nl.) bedauert, daß diese Vorlage erst so spät dem Reichstage zugeht und zwar in einem Moment, wo das ganze Haus sich schon mit dem Gedanken des bevorstehenden Schlusses der Session beschäftigt. Die Forderung des Nachtrags-Etats sei eine sehr hohe, die Begründung im Einzelnen nichts weniger als erschöpfend. Es liege auch in Frage, ob nicht durch bedingungslose Bewilligung des Kredits die mit Baden über die Linie Rorschach-Karlruhe schwebenden Verhandlungen zum Nachtheil des Reichs fädels beinflusst werden. Die Beratung des Nachtrags-Etats in der Kommission sei unumgänglich; hoffentlich werde die Kommission mit der größten Beschleunigung arbeiten.

Abg. Hahn (dl.) schließt sich diesen Ausführungen und dem Antrage auf Verweisung des Nachtrags-Etats an die Kommission an, zweifelt aber nicht daran, daß in der Kommission diejenigen Aufschlüsse über die Nothwendigkeit der Forderung gegeben werden, die in der gedruckten Begründung nicht wohl gegeben werden konnten.

Preussischer Kriegsminister v. Kattenborn-Stachan: Die Heeresverwaltung ist mit der Ueberweisung an die Kommission einverstanden, wird dieselbe alle wünschenswerthen Aufschlüsse geben und auch die Frage erörtern, weshalb die Vorlage erst so spät eingebracht werden konnte.

Abg. Ortner: Das Zentrum bedauert auf das Lebhafteste, daß eine Vorlage von solcher Tragweite so dicht vor Thoreschluss eingebracht wird; wir hoffen, daß bei Kommissions-Beratung die durchschlagenden Gründe für die Bewilligung uns unterbreitet werden; sind diese Gründe nicht ganz besonders durchschlagend, so werden wir die Vorlage ablehnen, da bei aller Opferwilligkeit des Reichstags ihm nicht zugemuthet werden kann, in diesem Stadium noch so präjudizierende Beschlüsse zu fassen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wir sind sehr geneigt, sobald die Nothwendigkeit dieser Forderung erwiesen ist, sie zu bewilligen, nicht bloß im militärischen, sondern auch im wirtschaftlichen Interesse, da die jetzige Arbeitslosigkeit die Verwendung von Reichsmitteln für diese Zwecke durchaus rathsam erscheinen läßt.

Staatssekretär v. Bötticher: Für derartige Vorlagen im Interesse der Landesverteidigung lassen sich nicht alle Gründe in der Öffentlichkeit darlegen; wir werden in dieser Beziehung in der Kommission das Material vervollständigen. Aus früheren ähnlichen Bewilligungen sind zwar noch Bestände vorhanden, aber es würde an sich ganz unzulässig sein, das noch vorhandene ohne Weiteres für andere Zwecke zu verwenden. Aus diesem Grunde konnte also die Vorlage nicht zurückgestellt werden. Die früheren Bewilligungen werden aufgebraucht werden für die Zwecke, für welche sie bewilligt sind. Die späte Vorlegung erklärt sich daraus, daß in weiten Kreisen des Hauses die Meinung besteht, so bald als möglich zu den heimischen Penaten zu wandern; wir mußten deshalb diese Vorlage, weil wir sie für dringlich halten, eben jetzt noch einbringen.

Abg. Dingeldey (fr.) hofft, daß die Erklärungen der verbündeten Regierung genügen werden, um die Bewilligung auszusprechen. Auch wir stimmen für die Kommissionsberatung.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Darauf wird die dritte Beratung des Etats fortgesetzt und in der Spezialdiskussion zunächst der Etat für den Reichstag und für den Reichskanzler und die Reichskasse ohne Debatte unverändert genehmigt.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes erwidert auf eine Anfrage des Abg. v. Marquardsen (nl.) der

Staatssekretär v. Marshall, daß es unzweifelhaft sei, daß eine große Menge deutscher Staatsbürger, hauptsächlich aus Süd- und Mitteldeutschland ihre Sparnisse in Titres der portugiesischen Staatsanleihe angelegt haben und zwar zu einem Kurse, von dem es sehr zweifelhaft sei, ob er jemals berechtigt gewesen. Das Auswärtige Amt sehe nun seine Aufgabe darin, die Delegationen der auswärtigen Staatsgläubiger Portugals, also in diesem Falle die deutschen Delegierten, in jeder Weise zu unterstützen, um einer Verletzung der Rechte der Gläubiger möglichst entgegenzuwirken. Die bezüglichen Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung seien im Gange und die letztere zeige das ernstliche Bemühen, die entstandenen Schwierigkeiten möglichst zu mildern. Es sei zu hoffen, daß ein billiger Ausgleich gefunden werde. Immerhin würden sich die deutschen Gläubiger auf erhebliche Verluste gefaßt machen müssen, und der eine Erfolg der Sache stehe außer Frage, daß in Zukunft die Deutschen bei der Anlegung ihres Kapitalbesitzes in ausländischen Fonds etwas vorsichtiger zu Werke gehen werden.

Abg. v. Marquardsen ist mit diesen Erklärungen zufrieden und spricht auch seinerseits die Hoffnung aus, daß das deutsche Kapital in Zukunft den Spruch: „Bleibe im Lande und nähre dich redlich“ mehr beherzigen werde.

Abg. Graf Kanitz (dl.) fragt, welche Erfolge die Ermächtigung der verbündeten Regierungen zum Abschluß weiterer Handelsverträge bisher gehabt hätten. Er würde bedauern, wenn die Zeitungsnachricht sich bewahrheiten sollte, wonach der Bundesrat allen Staaten, welche 1885 durch Bundesrats-Beschluß für meistbegünstigt erklärt worden seien, die Vorteile der Handelsverträge ohne irgend welche Gegenleistung zugestanden hätte. Seit 1885 hätten doch die meisten dieser Staaten ihre Zölle gegen uns ganz beträchtlich erhöht. Es brauche nur auf Danemark und Schweden verwiesen zu werden.

Staatssekretär v. Marshall: Das erwähnte Verzeichniß ist vom Bundesrat bereits einer Revision unterworfen worden und es sind verschiedene der 1885 als meistbegünstigt bezeichneten Staaten daraus gestrichen worden, in Europa besonders Rußland und Portugal. Im übrigen läßt sich hier nicht wohl darüber sagen, welche Handelspolitik im allgemeinen die verbündeten Regierungen weiter einschlagen werden. Wir haben die Vollmacht vom Reichstage, gegenüber solchen Staaten, die in dem meistbegünstigten Verhältnis zu uns nicht stehen, dieses gegen angemessene Gegenleistung zu gewähren, bis zum ersten Dezember, und wir werden danach handeln. Die Verträge, welche früher Preußen und andere Einzelstaaten mit andern deutschen Staaten geschlossen haben, sind nach der mit andern deutschen Staaten geschlossenen, sind nach der Gründung des Deutschen Reichs widerspruchlos als für das Deutsche Reich bindend anerkannt worden; ihre einfache Kündigung ist also ganz unthunlich. Unsere Konventionaltarif haben wir Amerika gewährt gegen die Erklärung des Präsidenten, daß von der Mac Kinley-Bill bezüglich des Zuckers uns gegenüber kein Gebrauch gemacht werden würde.

Abg. Graf Kanitz kam in dem letzten Punkte dem Staats-

sekretär nicht beipflichten; Nordamerika habe uns keine Konzeffionen gemacht, sondern es sei alles beim alten geblieben.

Schahsekretär v. Malshahn: Das neue Verzeichniß der meistbegünstigten Staaten beruht auf Bundesratsbeschlüssen vom 30. Januar und ist im Zentralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht. Von europäischen Staaten fehlen darin Rumänien und Portugal, außerdem auch Spanien, welches erst nachträglich wieder in die Liste auf Grund des provisorischen Abkommens aufgenommen ist.

Abg. Tessen (natl.): Welche Schritte sind geschehen, um von der chilenischen Regierung eine Entschädigung für das in Valparaiso mit Mannschaft und Ladung vernichtete deutsche Schiff „Poissdam“ zu verlangen?

Staatssekretär v. Marshall: Die Entschädigungsfrage liegt in diesem Falle rechtlich sehr schwierig. Die Hamburger Bank „Poissdam“ war von der Kongregregierung, welche die Blockade des Hafens von Valparaiso ausgesprochen hatte, zum Verlassen des Hafens aufgefordert worden, ist trotz ihres anfänglichen Widerpruchs aus dem Hafen hinausgedrängt worden und auf freiem Meere verloren gegangen. Das Recht zur Verhängung der Blockade seitens der Kongregregierung wird natürlich von der jetzigen Regierung aufrecht erhalten; eine Anlegung der Rechtsfrage würde also gegenwärtig in Santiago seinen Erfolg haben. Da aber andere Entschädigungsansprüche von der dortigen Regierung berücksichtigt worden sind, ist unser Gesandter angewiesen, eine solche Entschädigung auch für die „Poissdam“ anzuregen. Eine Antwort ist bis jetzt nicht eingegangen.

Abg. Barth (fr.) protestirt gegen die Ausführungen des Grafen Kanitz, welche den Zollkrieg mit allen seinen Konsequenzen mit allen möglichen Staaten an Stelle des Systems der Handelsverträge herausbeschwören würden.

Abg. Müller (natl.) schließt sich in der Frage der Handelspolitik den Ausführungen an, welche vom Bundesratshaus gefallen sind. Vamentlich habe man Ursache, die Vereinigten Staaten rückständig zu behandeln, da ihre Konzeffionen für uns sehr werthvoll gewesen sind.

Abg. v. Kardorff spritzt diesen sogenannten Konzeffionen Nordamerikas jede Bedeutung ab; auf Grund des Meistbegünstigungsrechts, welches beide Nationen einander gewährt hätten, sei die Austerkräftigung der Mac Kinley-Bill bezüglich des Zuckers selbstverständlich gewesen.

Abg. Graf Kanitz: Jedermann weiß, wie schwer unsere Industrie durch die Mac Kinley-Bill getroffen wird; und dazu sollen wir stillschweigen? Nirgends kann die einseitige Freihandels-theorie verderblicher auf unsere eigene Produktion wirken, als in unserem Verhältnis zu Nordamerika. Herr Dr. Barth sollte doch einmal nach Amerika reisen und die amerikanischen Verhältnisse genauer ansehen. (Zwischenruf links.) Frankreich ist in Nordamerika viel erfolgreicher gewesen.

Staatssekretär v. Marshall: Frankreich hat den Vereinigten Staaten gegenüber dasselbe gethan, wie wir; es hat die Meistbegünstigung gewährt und die Nichtanwendung der Retorsionsparagrafen der Mac Kinley-Bill gewissen französischen Exportartikeln gegenüber erlangt.

Abg. Brömel (fr.): Es ist nicht recht abzusehen, was Graf Kanitz mit seinem heutigen Vorstoß erreichen will. Würde er unser Verhältnis zu Nordamerika erörtern, so könnte er das viel besser bei der Forderung für die Weltausstellung in Chicago. Die Bewilligung von 3 Millionen für diese Ausstellung zeigt, welche Bedeutung dem amerikanischen Marke von allen Seiten des Hauses beigelegt wird; sie zeigt ebenso, daß die deutsche Industrie auf diesem Marke auch nach der Mac Kinley-Bill konkurrenzfähig bleiben wird. Die Mac Kinley-Bill ist keine bloß prohibitive Maßregel, sondern enthält auch zahlreiche gerade für Deutschland sehr wichtige und erfreuliche Zollreduzierungen. Mit dem Anfall auf Dr. Barth ist Herr Graf Kanitz hineingefallen, denn Herr Barth ist gerade vor Jahresfrist mehrere Monate in Amerika gewesen und hat sich dort sehr eingehend unterrichtet. Unsere Bestrebungen zur Durchführung einer Handelsvertrags-Politik sind die einfache Folge der Friedenspolitik, welche die verbündeten Regierungen unter dem Beifall der gesammten Nation verfolgen. (Beifall links.)

Abg. Barth: Was Herr Graf Kanitz im Auge hat, ist ein Zollkrieg mit Amerika zur Befestigung der Mac Kinley-Bill. Nichts kann verkehrter sein. Die Sympathien für ein übertriebenes Schutzsystem in Amerika sind im Schwinden und daher würde allerdings den Schutzöllnern nichts angenehmer sein, als daß irgend eine fremde Nation sich in die Thorheit eines solchen Zollkrieges einlasse, die dann Wasser auf ihre Mühle liefern, ihnen vielleicht den Sieg bei den nächsten Wahlen sichern würde. Graf Kanitz mag sich zunächst selbst einmal in dieser Beziehung auf amerikanischen Boden orientieren.

Abg. Graf Kanitz: Gerade Herr Brömel hätte besser gethan, seine Rede bei der Forderung für Chicago zu halten. Ich habe ganz allgemein über unsere Handelsverhältnisse zum Auslande gesprochen. Die Amerikaner sind doch vor und nach der Reise des Abg. Barth dieselben unverantwortlichen Schutzöllner geblieben. (Lachen links.) Wie kommen die Herren zu der Behauptung, daß ich einen Zollkrieg mit Amerika will? Ich habe lediglich auf das Vorgehen Frankreichs hingewiesen.

Abg. v. Kardorff: Wir bleiben bei dem Wunsche stehen, daß das Deutsche Reich unsere Handelsbeziehungen zu Amerika mit etwas mehr Konsequenz und Festigkeit vertritt als wir es bisher haben wahrnehmen können.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Barth schließt die Diskussion.

Das Kapitel „auswärtiges Amt“ wird bewilligt, ebenso das Kapitel „Gesandtschaften, Konsulate und Schutzgebiete“.

Beim Kapitel „allgemeine Fonds“ fragt Abg. Lingens, ob aus den Mitteln des Etats zur Unterstützung deutscher Schulen im Auslande auch katholische Schulen Unterstützung erhalten.

Staatssekretär v. Marshall: Beide Konzeffionen werden ohne jeden Unterschied gleichmäßig aus diesem Fonds berücksichtigt, der allerdings nur 60 000 M. beträgt.

Beim Etat der Schutzgebiete stellt der Direktor der Kolonialabtheilung, Geh. Rath Kayser, eine im vorigen Jahre gegebene Aeußerung richtig, wonach die Behauptung, daß im Schutzgebiete von Kamerun der Brantwein-gewinn bewußlos betrunken angetroffen würden, auf Ueber-treibung beruhe. Eine Enquete der Wälder Missionsgesellschaft habe die Richtigkeit dieser Behauptung ergeben. Es sei zu hoffen, daß die inzwischen erfolgte weitere Erhöhung der Brantweinabgabe über die höchsten Sätze der Brüsseler Konferenz hinaus diesen Mißständen abhelfen werde.

Der Etat der Schutzgebiete wird genehmigt, desgleichen definitiv der Gesetzentwurf, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete.

Zum Etat des Reichsamt des Innern liegt eine Resolution des Abg. v. Meyer-Knabowde vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, im Etat für 1893/94 als ordentliche Ausgabe mit einer den vorhandenen Mitteln entsprechenden Summe einzuschalten: „Zur Bewilligung von Stipendien und Unterstützungen für talentvolle junge Künstler, sowie zur Förderung der monumentalen Malerei und Plastik in Deutschland.“

Abg. v. Meyer befragt den Antrag unter Bezug-

nahme auf seine früheren gleichartigen Anregungen. Im preussischen Abgeordnetenhaus sei eine entsprechende Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen. Das Reich müsse auch für ideale Zwecke etwas thun.

Staatssekretär v. Bötticher: Wir können leider nicht von der Frage absehen, ob das Reich für solche ideale Zwecke engagirt werden darf und ob die Finanzlage danach angethan ist. Von dem Standpunkt des Staatssekretärs des Innern ist es ganz gerechtfertigt, sich dafür zu interessieren, vom Standpunkte des Schahsekretärs ebenso gerechtfertigt, zu erklären, daß dafür Reichsmittel nicht angewiesen werden können. Die Bedürfnisfrage scheint mir zweifelhaft. Die Hebung des Kunstsinnes wird in den Einzelstaaten so erfolgreich gefördert, daß man von diesen nicht mehr verlangen kann. Jedenfalls muß den verbündeten Regierungen die volle Freiheit der Entschließung gewahrt werden.

Abg. Ortner erklärt sich aus Verfassungs- und Opportunitäts-rücksichten in Uebereinstimmung mit dem Standpunkt des Staatssekretärs des Innern gegen den Antrag.

Bayerischer Gesandter Graf Lerchenfeld: Das Reich hat gegebenen Falls auch für einzelne Kunstwerke erhebliche Opfer gebracht. Wenn der Antrag nunmehr eine ständige Position im Etat wünscht, so ist meine Regierung sowohl aus finanziellen, als auch aus Rücksichten auf das Kunstinteresse selbst dagegen. Die Kunst hat sich lokal und partikularistisch überall entwickelt und ihre Blüthe ohne eine künstliche Zentralisation erreicht. Letztere würde aber in gewissem Umfange eintreten, und das wünscht meine Regierung nicht.

Abg. Krause (fr.) erklärt sich gegen den Antrag, desgleichen

Abg. Bamberger, der nur unter der Bedingung dafür sein will, daß die für den Luxus der afrikanischen Kolonialpolitik bewilligte Million dafür zur Verfügung gestellt wird. (Heiterkeit.) Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. von Hüft (nl.) richtet an den Bundesrat die Anfrage, ob eine Verschärfung des Viehseuchen-Gesetzes in Aussicht stehe, speziell in Ansehung der Maul- und Klauenseuche.

Staatssekretär v. Bötticher: Anträge auf Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen sind beim Reich bisher nicht eingegangen; auch die bekannte Resolution des Landwirtschafts-rathes ist uns bis jetzt nicht zugekommen. Die bisherige Bestimmungen reichen aus, um der Verbreitung der Maul- und Klauen-seuche entgegenzuwirken, wenn sie nur energisch gehandhabt werden. Wenn die Behörde und die Ortspolizei wirksam durchgeführt wird, ist nicht abzusehen, weshalb die Weiterverbreitung nicht verhindert werden kann. Die Sperre ganzer Provinzen innerhalb des Landes, wie sie jetzt für Schleswig-Holstein und Ostpreußen verlangt wird, erscheint unüberführbar. Die Seuchen können wir nur interniren. Im Uebrigen sind neuerdings Maßnahmen ergriffen, welche genauere Kunde über die Seuchenherde verschaffen; es ist ferner das Treiben des Viehs auf den Straßen untersagt worden.

Abg. Thomsen (liberal) empfiehlt die neue Kanallinie des Nordsee-Kanals als Scheidegrenze zur Errichtung einer Quarantäne gegen ausländisches Vieh, damit der Viehstand Schleswig-Holsteins, die Quelle alles Wohlstandes der Provinz, nicht noch mehr dezimirt werde. In Schleswig-Holstein begreife Niemand die Milde der Reichsbehörden gegen den Hamburger Markt und die von dort her immerfort drohende Seuchengefahr.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Regierung muß den in den Ausführungen des Vorredners liegenden Vorwurf, als habe sie kein genügendes Interesse für das Wohlergehen seiner Heimath-provinz als unbegründet zurückweisen. Es ist uns trotz aller Bemühung nicht gelungen, den englischen Markt für das schleswig-holsteinische Vieh wieder zu eröffnen. Dagegen hat das Vieh aus der Provinz erheblichen Absatz nach dem Innern Deutschlands gefunden. Wenn die Lage aber auch so trostlos wäre, so giebt es bessere Mittel als die Absperrung der Landesgrenzen. Wäre der Kanal fertig und gäbe es über ihn nur einige Ueber-gänge, dann ließe sich über den Vorschlag des Herrn Thomsen reden; so liegen aber die Dinge zur Zeit noch nicht.

Abg. v. Kardorff: Die Bestimmungen des Viehseuchen-gesetzes muß ich vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus für unzureichend erklären. Es werden allerdings die vorbeugenden Bestimmungen desselben, besonders an der russischen Grenze, zu locher gehandhabt, so z. B. wird das Verbot des Treibens der Schweine auf den Wegen übertreten, die Desinfektion der Eisenbahnwagen nur sehr unvollkommen besorgt. Aber die Bestimmungen selbst bedürfen einer Verschärfung; die nächsten Jahre werden es beweisen.

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn der Vorredner mir spezialfragen wollte, was er bezüglich der Zustände der russischen Grenze ausgeführt hat, so würde ich sehr dankbar sein, denn es würde eine schwere Uebertretung vorliegen. Wir müssen zu einer verstärkten Kontrolle des Angeordneten und zur gewissenhaften Durchführung des Gesetzes kommen.

Hamburgischer Bevollmächtigter Senator Dürchard protestirt gegen die Behauptung des Abg. Thomsen, daß der Hamburgische Markt die Ursache der Verseuchung Schleswig-Holsteins sei.

Abg. v. Kardorff: Wer die russisch-schlesische Grenze kennt, weiß, daß, gleichviel wie die auf dem Papier stehenden Befehle lauten, das Uebertreten und Herübertreiben von Vieh über die Grenze nicht zu verhindern ist. Das Treiben von Schweine-herden muß gesetzlich verboten werden; es kann jetzt nur durch Polizeiverordnung geschehen. Die Eisenbahnwagen werden in der That ungenügend desinfizirt, denn es ist gefunden Vieh nach dem Transport in Bayern plötzlich an der Maul- und Klauen-seuche erkrankt. Es müssen hierfür besondere Desinfektoren an-gestellt werden.

Staatssekretär v. Bötticher: In allen diesen Punkten reicht das bestehende Gesetz aus. (Widerpruch des Abg. v. Kardorff.) Wenn eine Beschränkung des Viehtransportes an der russischen Grenze nicht möglich wäre, würden wir allerdings das Geld für die Bewachung der Grenzen umsonst ausgeben. So mißtrauisch sehe ich die Wirksamkeit unserer Beamten und unsere Gesetzes-vorschriften doch nicht an.

Abg. von Hüft verweist auf das Beispiel Oldenburgs, welches durch Einführung der Sperre von der Maul- und Klauen-seuche verschont geblieben ist, während die Seuche nach Ost-preußen zweimal von Berlin eingeschleppt wurde.

Abg. Thomsen erklärt, daß die Thierärzte unumgänglich das Vieh, wie es auf dem Hamburger Markt untergebracht wäre, gründlich auf seinen Gesundheitszustand untersuchen können.

Staatssekretär v. Bötticher stellt wiederholt in Abrede, daß die Regierungen irgend etwas in Bezug auf die Förderung der Viehzucht in Schleswig-Holstein versäumt haben. Die Gründe gegen eine Sperre sprächen in potenzieller Weise gegen eine Quarantäne. Der Verkehr würde bei beiden die gleichen Schleich-wege aussuchen.

Abg. Wigger (lib., liber.): Wir haben alle Ursache, auf die erhobenen Forderungen immer wieder zurückzukommen, denn es handelt sich nicht nur um Schleswig-Holstein, sondern um die landwirtschaftlichen Verhältnisse im ganzen deutschen Vaterlande. Am besten würden wir die Schwierigkeiten überwinden, wenn wir durch Befestigung der Schutzölle bessere Verhältnisse für unsere landwirtschaftlichen Produkte, also auch für das Vieh schaffen.

Abg. v. Pfeiffer (Zentr.) widerspricht einer Ausdehnung und Verschärfung der bestehenden Vorschriften, während Abg. Graf Döllner (N.) eine strengere Kontrolle für den Raug des Hamburger Viehmarktes empfiehlt.

Senator Burdach: Eine solche Kontrolle besteht bereits. Abg. v. Kardorff: Die Ereignisse werden mir Recht geben; eine Verschärfung des Gesetzes wird sich schon in den nächsten Jahren als notwendig erweisen.

Abg. Bamberger wünscht Auskunft über die Geschäftsergebnisse der subventionierten Dampferlinie nach Ostafrika.

Staatssekretär von Bötticher: Bis jetzt haben wir eine vollständige Statistik darüber nicht; wir sind angewiesen auf die Mitteilungen aus den Jahresberichten des Ausschusses der betreffenden Gesellschaft. Daneben aber sind Schätzungen der Kolonialabteilung vorhanden, welche auf dem Ertrage der Zölle beruhen. Schon jetzt eine sichere Prognose über die Zukunft der Linie wagen zu wollen, ist außerordentlich schwer; es sind erst 1 1/2 Jahre seit dem Inbetriebtreten der Linie vergangen. Darüber, daß es sich hier um ein nützliches und vaterländisches Unternehmen handelt, werden wir uns doch noch verständigen.

Abg. Bamberger: Wir geben doch 900 000 M. jährliche Subvention zu dem Zwecke, die Einfuhr aus und die Ausfuhr nach dem überseeischen Gebiete zu fördern. Inwiefern die deutsche Industrie von dieser Leistung Vorteile zieht, darüber befragt die Antwort des Staatssekretärs nicht. Läßt sich aber darüber überhaupt nichts sagen, so haben wir doch eine Thorheit begangen, diese Subventionierung zu bewilligen, denn die Reisegelegenheit wurde und wird durch bereits vorhandene Linien besser und billiger bewirkt, als durch die deutsche Linie.

Kapitel 7a, allgemeine Fonds, wird darauf bewilligt. Der Rest des Ordinariums des Etats des Reichsamt des Innern wird ohne erhebliche Debatte bewilligt.

Beim Extra-Ordinarium und zwar bei der Forderung von 40 000 M. zur Aufbedeckung des limes romanus kommt

Abg. Lieber auf seine Ausführungen in zweiter Lesung über die Verdienste des Herrn v. Cöhausen um dieses Unternehmen und über das Verhalten des Professors Mommsen in demselben zurück. Medner erklärt, daß er durch den in der „Nation“ veröffentlichten Artikel des Professors Mommsen im Wesentlichen befriedigt sei, da er wenigstens einigermaßen dem verdienstvollen Limesforscher Gerechtigkeit widerfahren lasse.

Abg. Barth stellt fest, daß die Angriffe des Abg. Lieber auf den Professor Mommsen durchaus unredlich gewesen seien, zumal die Behauptung, daß Mommsen bei dieser Gelegenheit mit einer selbst in Deutschland seltenen Unanständigkeit verfahren sei.

Abg. Lieber behauptet dem gegenüber, daß auch der Artikel in der „Nation“ an Verunglimpfungen des Obersten v. Cöhausen das Menschenmögliche leiste.

Abg. Barth bestritt dies entschieden.

Bei der Position für den Nordsee-Kanal bringt

Abg. Thomsen verschiedene Beschwerden vor. Nach einer kurzen Erwiderung des Staatssekretärs v. Bötticher, durch welche sich der Abg. Lorenzen befriedigt erklärt, wird der Titel bewilligt, ebenso der Rest des Etats des Reichsamt des Innern und ohne jede Debatte der gesamte Militäretat.

Die Fortsetzung der Etatsberatung wird um 5 1/2 Uhr auf Dienstag 12 Uhr vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Wahl von Mitgliedern des Hauses zur Kommission für Arbeiterstatistik, Rechnungsvorlagen, Gesetz betr. die Vergütung für Katastralgeld und die dritte Lesung des Weingesezes.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 28. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Graf Culenburg, v. Bötticher, Miquel, Herzfurth, v. Verlepsch, Wosse, v. Heyden und Kommissionen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort der Ministerpräsident Graf Culenburg: Meine Herren! Der Mitteilung, welche Ihnen über Personalveränderungen im Staatsministerium zugegangen ist, möchte ich folgendes hinzufügen: Die Vereinigung der Aemter des Reichsanwalters und des Präsidenten des preussischen Staatsministeriums bringt, wie nicht erst in neuerer Zeit bekannt geworden ist, ein Maß von Arbeit und Verantwortung mit sich, welches die Kräfte auch des leistungsfähigsten Mannes vorzeitig aufzureiben im Stande ist. Dazu kommt, daß die Stellung des Reichsanwalters eine freiere wird, wenn dieselbe von Zwischenfällen unabhängig wird, welche allein preussische Angelegenheiten betreffen. Wenn diese Ermüdungen dazu geführt haben, daß Amt des Reichsanwalters von dem des Ministerpräsidenten zu trennen, so ist dadurch, daß der Reichsanwalt Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Mitglied des preussischen Staatsministeriums bleibt, Härte getroffen, daß die einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und das bisherige gegenseitige Verhältnis des Reichs und Preussens nicht beeinträchtigt wird. Was sodann den Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf über die Volksschule angeht, so hat die Erörterung im Hause und im Lande scharfe Gegensätze hervortreten lassen, welche sich bisher unermittelt gegenüberstehen. Auch die Beratungen Ihrer Kommission haben zu einer Verständigung nicht geführt (Widerpruch rechts und im Centrum), und die Aussicht, daß sich eine solche werde erreichen lassen, nicht eröffnet. Da unter diesen Umständen ein befriedigendes Ergebnis nicht zu erwarten ist (Widerpruch rechts und im Centrum), verzichtet die königliche Staatsregierung auf die Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfes (lebhafter Beifall links; Zischen rechts) und behält es der weiteren Erwägung vor, wann und in welcher Weise innerhalb des durch die Verfassung gegebenen Rahmens auf die Angelegenheit zurückgekommen wird. (Beifall links; Zischen rechts.)

Abg. Nicker erklärt zur Geschäftsordnung, daß er sofort um das Wort gebeten habe, um auf die Rede des Ministerpräsidenten zu antworten; der Präsident habe ihm nicht das Wort erteilt. Er behalte sich deshalb vor, bei nächster Gelegenheit auf die Rede zurückzukommen.

In dritter Beratung genehmigt das Haus den Gesetzentwurf betreffend das Ruhegehalt der Weislichen und die Fürsorge für die Wittwen und Waisen derselben.

Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die äußere Heiligung der Sonn- und Festtage in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, sowie in den Hohenzollernschen Ländern spricht

Abg. Imwalde (Zentr.) spricht den Wunsch aus, daß der religiöse Geist, welcher durch die älteren Polizeiverordnungen wohl, auch in die neueren Verordnungen übergehen möge.

Minister von Verlepsch: Dem Wunsche des Vorredners wird willfahren werden, soweit es innerhalb der Grenzen der Möglichkeit liegt und soweit es geschehen kann, ohne die berechtigten Interessen zu schädigen und das gewerbliche Leben am Sonntag überhaupt lahm zu legen.

Abg. Sack: Man sollte doch in Bezug auf die Sonntagsruhe keinen Rückschritt machen, ein solcher liegt aber in dieser Vorlage vor gegenüber den strengeren bisherigen Bestimmungen. Eigentlich würde die Vorlage eine gründliche kommissarische Beratung erfordern; aber dazu sei wohl keine Aussicht.

Abg. Franke-Londra (natl.) empfiehlt ebenfalls eine kommissarische Beratung, weil festgestellt werden müsse, wie weit die Befugnis der Oberpräsidenten gehen solle. Die Grundlage für die Sonntagsruhe gebe die Gewerbe-Ordnung; Sache des Oberpräsidenten würde seiner Meinung nach nur sein, für die äußere Heiligung des Sonntags zu sorgen. Es werde mitgeteilt, daß das Schema für die Verordnung bereits ausgearbeitet sei; vielleicht könnte dasselbe der Kommission vorgelegt werden.

Minister Verlepsch: Die Kompetenzfrage scheint mir ganz klar zu sein; dem Oberpräsidenten fällt es nur zu, die äußere Heiligung des Sonntags zu ordnen. Das ausgearbeitete

Schema vorzulegen, dagegen habe ich nicht einzuwenden, aber eine kommissarische Beratung wird nicht nötig sein. Die bestehenden preussischen Verordnungen über die Sonntagsruhe geben die Grundlage dafür ab. Die Verordnung wird dem Oberpräsidenten zur Begutachtung vorgelegt werden und ehe sie in Kraft tritt, muß sie dem Provinzialrathe oder dem Bezirksausschusse vorgelegt werden. Eine Schablonisierung wird also nicht stattfinden.

Abg. Hausen empfiehlt die Annahme der Vorlage ohne kommissarische Beratung; eine Erörterung der vorbereiteten Vorlage in der Kommission gehe doch nicht an. Medner bittet den Minister, auf die Verhältnisse der Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen und nicht über die bestehenden Verordnungen hinauszugehen.

Abg. v. Rauchaupf (L.) hält es für praktisch, daß die Vorschriften über die Sonntagsruhe provinzial geregelt werden; dabei werde viel mehr für die Sonntagsheiligung geschehen als durch ein Gesetz.

Damit schließt die erste Beratung; die Kommissionsberatung wird abgelehnt, in zweiter Beratung wird die Vorlage genehmigt.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Aufhebung Älterer, in der Provinz Hessen-Nassau geltender gesetzlicher Bestimmungen über die Untersuchung des Schlachtviehes und die Ausstellung von Vieh-Gesundheitszeugnissen; die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Zur ersten Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Tiere führt

Abg. v. Erffa (L.) aus, daß einzelne Provinzen sich noch ablehnend zur Vorlage verhalten hätten; er wolle aber keinen Widerspruch dagegen erheben, daß die Frage hier fakultativ gesetzlich geregelt werden solle.

Die Abgg. Knebel, Nitoy, Sombart und Gerlich empfehlen ebenfalls die Annahme der Vorlage, weil dieselbe die Entscheidung in die Hand der einzelnen Provinzen lege.

Abg. v. Schallscha spricht sich gleichfalls für die Vorlage aus, hält aber die Gewährung von vier Fünfteln des Gehalts als Entschädigung für zu hoch.

Abg. Knebel beantragt, die zweite Beratung von der Tagesordnung abzuheben, da er für die zweite Lesung noch einen Antrag vorbereite.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Schallscha und Knebel und des Regierungskommissars wurde das Gesetz sofort in zweiter Beratung ohne Debatte angenommen.

Es folgte der Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern gegen Entschädigung.

Abg. v. Heermann (Zentr.) beantragt, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. Die Begründung der Vorlage lasse nicht erkennen, in welcher Weise mit den in Betracht kommenden Reichsunmittelbaren verhandelt sei. Darüber sei eine genaue Prüfung nötig. Die Regierung scheine bei diesen Verhandlungen nicht sehr entgegenkommend verfahren zu sein. Erworbene Rechte könnten nach Ansicht seiner Partei nur bei hinreichender Entschädigung aufgehoben werden, daß die Reichsunmittelbaren ein Recht auf Steuerfreiheit haben, sei anerkannt. Die vorgeschlagene Entschädigung sei nicht nach einem gewissen Maßstab bemessen. Rechte müßten unter allen Umständen gewahrt werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Nicker (Str.): Ich will der Kommissionsberatung nicht widersprechen. Ich hatte erwartet, daß die Reichsunmittelbaren unter Anerkennung der Grundlagen unserer Verfassung freiwillig auf die Steuerfreiheit verzichten würden, aber nur zwei derselben sind überhaupt mit der Vorlage einverstanden. Wir erblicken in dieser Steuerfreiheit kein wohlverworbenes Recht und werden gegen jede Entschädigung stimmen. Die Rechtsfrage muß noch eingehend geprüft werden und auch erwogen werden, ob die Entschädigung nicht viel zu hoch ist. Nach dem Einkommensteuer-Gesetz hätte die Regierung schon ohne Entschädigung die Reichsunmittelbaren zur Steuer heranziehen und ihnen dann die Verteilung ihrer vermeintlichen Rechte im Rechtswege überlassen können.

General-Steuerdirektor Burdard: Gerade nach dem Einkommensteuer-Gesetz können die Reichsunmittelbaren nur zur Steuer herangezogen werden, wenn die Entschädigungsfrage gesetzlich geregelt ist. Die Verhandlungen mit den Betroffenen über die Höhe der Entschädigung sind im Geiste vollster Loyalität und vollen Wohlwollens von der Regierung geführt worden. Wie die Regierung zu der vorgeschlagenen Höhe der Entschädigung gekommen ist, darüber wird in der Kommission bereitwillig Auskunft gegeben werden.

Abg. v. Rauchaupf (L.): Ich beantrage die Ueberweisung an die Budgetkommission, da es sich um eine budgetmäßige Frage handelt. Es handelt sich hier um alte wohlverworbene Rechte, und das hat auch das neue Einkommensteuer-Gesetz ausdrücklich anerkannt, sobald es sich nur noch um die Höhe der Entschädigung handeln kann, und in dieser Beziehung stimmen wir den Vorschlägen der Vorlage zu.

Abg. v. Tiedemann-Vomst (Str.): Auch wir halten dafür, daß es sich um wohlverworbene Rechte handelt, und schließen uns im übrigen den Ausführungen des Abg. v. Rauchaupf vollkommen an.

Abg. Friedberg (natl.): Uns ist es zweifelhaft, ob in jedem einzelnen Fall ein Rechtsanspruch auf Steuerfreiheit vorliegt, da indessen das Einkommensteuer-Gesetz das Recht darauf anerkannt hat, erübrigt es, die Rechtsfrage noch zu behandeln. Die vorgeschlagene Entschädigung scheint uns reichlich hoch bemessen, und wir schließen uns daher behufs näherer Prüfung dem Antrage auf Ueberweisung an die Budgetkommission an. Darauf wird die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Petitionen.)

Parteinachrichten.

Wahlnachricht. Aus Friedland i. N. berichtet die „Nordwest“: „Der Wahlkampf hier hat unsern braven Genossen Herzberg, der mit der größten Aufopferung für unsern Kandidaten Lütgenau agitirt hat, die Kräfte geraubt. Er hat zum Wanderstabe greifen müssen und ist abgereist. Der Ordnungsmächtige Rahe über den Stimmengewinn der Sozialdemokratie hat ihn vertrieben. Der Stimmengewinn war aber auch ein außerordentlicher, 11 sozialdemokratische Stimmen am 20. Februar 1890 und 168 Stimmen am 19. März 1892.“

Die Hamburger Gewerbegerichts-Wahlen haben mit der Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten für 6. und 7. Abtheilung der Arbeiterbeisitzer ihren Abschluß gefunden. Das Gesamtergebnis ist folgendes: In fünf Abtheilungen der Unternehmerbeisitzer setzten die Jurungen, in einer Abtheilung derselben sowie in sämtlichen Abtheilungen der Arbeiterbeisitzer die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie besitz damit in Hamburger Gewerbegericht bei insgesammt 84 Beisitzern 48 Stimmen, also die absolute Majorität. — In Bremen setzten in der zweiten, dritten und vierten Gruppe der Arbeiterbeisitzer gleichfalls die sozialdemokratischen Kandidaten.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen für den Kreis Reichenbach i. Schl. wurden am 23. März in allen drei Kammern die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Heute findet in Mecklenburg-Strelitz die Reichstags-Stichwahl statt.

In Limmer (Hannover) setzten bei der Wahl der Arbeitervertreter zum Gewerbegericht die sozialdemokratischen Kandidaten.

In Gelle (Hannover) gingen aus der Schulvorsichters-Wahl drei Sozialdemokraten als Sieger hervor. Bisher hatten wir im Schulvorstand nur zwei Genossen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Die Urabstimmung über den Parteitagbeschlus betr. das Recht auf Arbeit ergab folgendes Resultat:

Gültige Stimmen	Ja	Nein
1. Aargau	26	—
2. Basel	110	102
3. Bern	528	510
4. Gorgemont	14	14
5. Glarberg	1	1
6. Gené	17	—
7. Lausanne	62	62
8. Luzern	37	33
9. Niederglatt	14	1
10. Oberwyl	24	24
11. Oberrheinthal	23	8
12. Olten	99	75
13. Solothurn	30	27
14. St. Gallen	20	19
15. St. J. S.	3	3
16. Sursee	9	7
17. Thurgau	18	2
18. Thun	74	74
19. Unterwalden	20	2
20. Winterthur	42	32
21. Zürich	51	8
22. Zug	25	9

Total 1247 1013 234

Bei einem absoluten Mehr von 624 wurde somit der Parteitagbeschlus betr. Einführung des allgemeinen Vollrechtes auf Arbeit in die Bundesverfassung auf dem Wege der formulirten Initiative mit 1013 Stimmen angenommen. Ein erst vom 22. März datirtes und am 23. eingelaufenes Abstimmungsresultat aus Baden (Spenglerschweizer) — 16 Stimmende, 16 Ja — konnte, weil verspätet, nicht mehr berücksichtigt werden. Ueber die Art und den Zeitpunkt der Ausführung dieses Beschlusses wird das gesammte Parteikomitee, welches zu Monat Juni d. J. zu seiner nächsten Sitzung einberufen werden soll, entscheiden.

In einzelnen Vereinen sind mit ihren schweizerischen Mitgliedern ferner der Partei beigetreten: Grütliverein Oberwyl (Basel), Verein schweizerischer Sozialdemokraten Basel, Allgemeiner Arbeiter-Bildungsverein Wädenswil (Zürich). Sodann hat eine weitere Anzahl von Arbeiter- und Grütlivereinen in verschiedenen Orten, ohne der Partei formell sich anzuschließen, den Betrieb von Partei-Mitgliedsarten übernommen. Neue Mitgliedschaften der Partei haben sich gebildet in: Sursee (Luzern), St. Gallen (Zürich), St. Gallen, St. Fiden (St. Gallen), Dorgen (Zürich), Oberwyl (Basel), Langnau (Bern), Wattwyl (St. Gallen), Baden (Aargau), Wädenswil (Zürich).

Vollständiges, Gerichtliches etc.

In Chemnitz stand am 25. März der Redakteur des „Beobachters“, Walther May, abermals vor den Schranken des königlichen Landgerichts. Er hatte sich wegen des in Nr. 18 abgedruckten Artikels „Die Grenz des Hofenerlebens“ zu verantworten. Die Verhandlung fand wiederum hinter verschlossenen Thüren statt. Wegen Verschlimmung von Staatsverbrechen wurde ihm unter Verfall der vor kurzem zuerkannten Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis nunmehr eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis zuerkannt. Der Artikel soll nach den Urtheilgründen die Militärverfassung verächtlich gemacht haben, indem darin die in dem Erlass des Prinzen Georg gegenzeichneten Mißhandlungen von Soldaten als allgemein vorkommend bezeichnet sind. Weiter war behauptet, daß das ganze Soldatenleben für das deutsche Volk entwürdigend und entehrend sei. Von einer Verleumdung des Offiziers- und Unteroffizierskorps, hervorgerufen durch denselben Artikel, wurde May freigesprochen. Er wird gegen dieses Urtheil Berufung anmelden.

Lokales.

Der Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend sendet uns heute einen Bericht über seinen am 18. d. M. abgehaltenen Lieberabend.

Der Lieberabend am 18. d. M. in Wils' Brauerei im Friedrichshain ist in wirklich glänzender Weise verlaufen. Es war dem Bund leider nicht möglich, Eintrittskarten ausgeben zu können, da derselbe in erster Linie für seine Mitglieder sorgen muß. Nun gehören dem Bunde 157 Vereine mit ca. 4000 Mitgliedern an, so daß der Bundesrath ein Recht hat, die Devisen zu führen: Nicht daß wir singen, sondern was wir singen macht uns groß und stark. Der gewaltige Saal der Brauerei, der sehr geschmackvoll dekoriert war, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Als Ehrengäste waren die Abgeordneten und Stadtverordneten der Partei eingeladen worden, von denen eine ganze Anzahl erschienen war. Eine dem Tage entsprechende Ansprache hielt der Reichstags-Abgeordnete Paul Singer, der namentlich des „unbekannten Todten“ im Friedrichshain gedachte, der doch der bekannteste Mann im Herzen der Arbeiter sei. Die Rede Singer's erntete stürmischen Beifall. Die Lieder, welche theils von Mitgliedern des Bundes, theils von einzelnen Vereinen vorgetragen wurden, erzielten eine mächtige Wirkung und bewiesen, daß auch in gesanglicher Beziehung in den einzelnen Vereinen bedeutende Fortschritte gemacht worden. Sehr wacker hielt sich die Musik, gestellt von der freien Vereinigung der Jütl-Berufsmusiker, deren Dirigent den Beweis lieferte, daß er über ein tüchtiges und gut geschultes Musikkorps verfügt. Einen imponanten Anblick gewährte es, als die Rassenfänge zum Vortrage gelangten. Als die Bundeslieder: „Mann der Arbeit aufgewacht“, „Hoch Ferdinand Lassalle“, die „Arbeiter-Marseillaise“ und die „Volkshymne“ durch den Saal drangen, war des Beifalls kein Ende. Der Lieberabend hat einen wirklich erhebenden Verlauf genommen, mit welchem jedes Mitglied des Bundes vollaus zufrieden sein kann.

„Inseratenstudien“ aus Berliner Blättern haben wir kürzlich an dieser Stelle veröffentlicht. Es war eine Blüthenlese von Zeitungsanzeigen aus der kapitalistischen Sumpfpresse, die klar zeigten, wie die bürgerlichen Kreise die „Heiligkeit der Ehe“ aufbliesen. Diese Heirathsinstitute sind nicht weiter, denn ein Ausbissen von weissen Sklavinnen und Sklaven und sehr oft war der Zynismus in dem Wortlaut ein geradezu widerwärtiger. Einer unserer Abonnenten in Frankfurt a. M. macht uns nun darauf aufmerksam, daß in Bezug auf diese Inserate, welche den Handel mit weisser Menschenwaare in Fluss bringen sollen, Berlin vor der Provinz durchaus nichts voraus hat. Namentlich in jenen Städten, welche reich gesegnet sind mit Mitgliedern der Plutokratie, ist man oft Berlin an Schamlosigkeit noch über. So brachte die „Frankfurter Zeitung“ des „bürgerlichen Demokraten“ Sonnemann vor kurzem folgende Anzeige: „Ein junger kräftiger Mann wünscht mit einer älteren Dame bekannt zu werden.“

Das Morgenblatt vom 16. März enthält weiter nachstehendes Inserat:

Heirat!

Ein Herr, 34 Jahre alt, Christ, tüchtiger Kaufmann, von tadelloser Ruf, stätliche Erscheinung, in einträglicher Stellung und mit nachweislich späterem Vermögen, wünscht behufs Verheirathung die Bekanntschaft einer reichen Dame zu machen. Suchender sieht nicht auf vortheilhaftes Neutere und wolle auch Damen mit körperlichen Gebrechen vertrauensvoll nicht-anonyme Briefe nebst genauer Angabe der Verhältnisse unter 8116 an die Expedition dieser Zeitung gelangen lassen. Ehrenhafte Vermittler nicht ausgeschlossen. Verschwiegenheit zugesichert und erwartet.

Der Journalismus dieser Inserate liegt klar zu Tage. Der „junge kräftige“ Mann, der eine ältere Dame sucht und der „Christ von vortheilhaftem Neutere“, der auch Damen mit körperlichen Gebrechen inuig an sein Herz zu schließen wünscht, wenn's gut bezahlt wird, das sind der Gefinnung nach Angehörige der Louisgünst in Frankfurt und Jüdisland.

Und die Zeitung, welche solche Schandinserate aufnimmt? Ach, die ist unschuldig, wie zwei neugeborene Kinder. Die Redaktion schwört Alles ab, denn Inserate sind die Sache der Expedition. Diese wieder kann keine Garantie übernehmen für das Annonzenbureau, und über diesen beiden unschuldigen Engeln schwebt freundlich lächelnd der Verlag des Blattes und streicht voller Harmlosigkeit die Inseratengebühren ein. Non olet!

Die Goldstaub-Schwinder, die früher mehrfach die Zeitungen beschäftigt haben, lassen nach längerer Pause wieder einmal etwas von sich hören. Es handelt sich um eine Goldstaub-Bande, die den Juwelieren vorgeblich sibirischen Goldstaub liefern will, in Wirklichkeit aber nur wertlose Mineralien sendet. Früher sind verschiedentlich auch deutsche Juweliers für solche wertlose Sendungen ihr gutes Geld los geworden. In den letzten Jahren aber hörte man hier nichts mehr von der Bande. Jetzt ist zufällig ein Brief in die Hände der hiesigen Kriminalpolizei gelangt, der zeigt, daß die Schwinder noch immer an der Arbeit sind. Der Brief, den ein gewisser Vertram unterzeichnet, ist an einen Juwelier Jagelias auf der Insel Sardinien gerichtet. Der Briefschreiber empfiehlt dem Juwelier in sehr gehemmtvoller Weise ein glänzendes Geschäft mit einem Artikel, der nur in Rußland gehandelt werden dürfe. Dieses glänzende Geschäft ist eben kein anderes als der alte Schwindel mit dem sibirischen Goldstaub.

Zu seiner natürlichen Wildheit kehrte in der verwirklichten Nacht gegen 12 Uhr ein Sohn des schwarzen Erdtheils zurück. Der etwa 26 Jahre alte Neger hatte an dem Bauzaun der Koch- und Friedrichstraße-Gasse Posto gefaßt und war auf den Einfall gekommen, vorübergehende Personen weiblichen Geschlechts durch sein plötzliches Erscheinen zu erschrecken und in aufringlicher Weise zu belästigen. Nachdem er sein Treiben eine Zeit lang fortgesetzt hatte, schritt die Polizei ein, und es sollte die Sühnung des Mohren durch einen Schutzmännchen und einen Wächter vorgenommen werden. Dieser Zwang führte den Ausbruch der unter dem Einfluß europäischer Kultur schlummernden wilden Natur herbei: der Schwarze riß unter allerlei unverständlichen Klagen sich die Kleidung vom Leibe und mußte schließlich in fast heimathlichem Kostüm festgenommen werden.

Ein Schwindler ist in der Person des flotten Kellers Bruno v. Zettelmann verhaftet worden. Dieser, wegen Unterschlagung bereits verurtheilt, hat ein Geschäft daraus gemacht, Knaben und Laufburschen die fortzutragenden Pakete abzuschwindeln, indem er sie mit einem Antrage und unter dem Versprechen einer Belohnung von 75 Pf. in irgend ein Haus schickte, das Paket sich zur Aufbewahrung geben ließ und damit verschwand. Es sind sechs solcher Fälle festgestellt worden. Zettelmann hatte Zettelmann das Unglück, einem der bescholtenen Knaben zu begegnen, der ihn wiedererkannte und seine Festnahme bewirkte.

Warnung. Gegenwärtig treibt ein Schwindler hier wieder sein Wesen, der unter der Maske eines Buchhandlungs-Reisenden es namentlich auf ältere Konversationslexika abgesehen hat. Derselbe stellt sich meist als Reisender einer hiesigen bekannten Buchhandlung vor und offerirt die Lexika von Brockhaus, Pierer und Neuser zu einem hohen Preise mit der Erklärung, daß er ältere Auflagen zu einem hohen Preise in Zahlung nehme. Da der Schwindler sehr redendhaft ist und auch die Billigkeit der betreffenden Werke mit der gegenwärtig herrschenden Geschäftslage in planbarer Weise erklärt, so lassen sich viele Leute von ihm betören. Sie gehen auf das verlockende Anerbieten ein, indem sie die in ihrem Besitz befindlichen älteren Auflagen des bestellten Werkes dem Ganner förglich gegen seine Versicherung, daß er diese zu einem vereinbarten Betrage als Abschlagszahlung empfangen habe, mitgeben, natürlich als Nimmerwiedersehen. Derselbe Schwindler scheint auch Kenntniß der Abonnenten verschiedener Zeitschriften zu haben und hat bei vielen derselben den Versuch gemacht, als angeblicher Votz dieser Handlung die Journale abzugeben, was ihm leider in zwei Fällen auch geglikt ist. Zur Kennzeichnung seiner früheren Erscheinung bemerken wir, daß der Ganner im Anfang der 30er Jahre steht, schlank gewachsen ist, einen blonden Stupbart und Brille trägt.

Selbstmord. Von der Kronprinzengröße sprang in der Nacht zum Sonntag gegen 2 Uhr ein Mann ins Wasser, um seinem Leben ein gewaltsames Ende zu bereiten. Drei Herren, welche den verzweifelten Sprung wahrgenommen hatten, eilten an das Wasser, lösten den Rettungsfahn und steuerten der Stelle zu, an welcher der Lebensmüde verschwunden war. Derselbe tauchte auch alsbald empor, wehrte sich jedoch mit aller Kraft gegen die drei Herren, welche ihm Rettung bringen wollten; er sank nochmals unter und tauchte wieder empor, ohne daß es auch diesmal gleich gelingen wollte, ihn in den Kahn zu ziehen. Erst nach längerem Kampf und nachdem der Verzweifelte die Besinnung verloren hatte, glückte es den vereinten Kräften der drei Herren, den Selbstmörder zu ergreifen und ans Land zu bringen. Der Geringste, ein gutgekleideter Mann von etwa 40 Jahren, wurde zunächst nach der nächstgelegenen Sanitätsstation und von dort, nachdem ihm die erste Hilfe zu Theil geworden, nach der Charité geschafft. Seine Personalität und das Motiv zu dem Selbstmord haben noch nicht festgestellt werden können, daß der Patient sich gestern noch nicht so weit erholt hatte, daß er hätte vernommen werden können.

Mit der „Kochschen Lympe“ ... als Getränk dürfte sich voraussichtlich die Strafbehörde nächstens beschäftigen. Unter diesem wenig appetitregenden Namen wird nämlich in verschiedenen Restaurationen ein Schnaps verzapft, dem ein sehr harter Zusatz von Capennepfeffer beigelegt ist. Ein Glas dieses nichtswürdigen Getränks wurde vorgestern einem Abnungsfreunde in der Markthalle VI in der Invalidenstrasse von einem „Freunde“ kredenzt, und war die Wirkung eine derartige, daß der mit dieser „Lympe“ Behandelte besinnungslos niederfiel und die Hilfe eines Arztes in Anspruch genommen werden mußte. Der Polizeistat ist von dem Vorfalle Anzeige erstattet worden.

Polizeibericht. Am 26. d. M., Mittags, wurde im Landwehrkanal, nahe der Korneliusbrücke, die Leiche eines unbekannt, etwa 40 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Zu derselben Zeit wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung in der Markusstraße erhängt vorgefunden. — Vor dem Hause Landbergerstr. 44 wurde Nachmittags ein Kaufmann, als er das durchgehende Pferd eines Geschäftswagens aufhalten wollte, eine Strecke weit mitgeschleift und erlitt dabei anscheinend innere Verletzungen. — In der Nacht zum 27. d. M. sprang ein obdach-

loser Arbeiter vom Schlüterweg in die Spree, wurde jedoch mittelst Rettungsballes aus dem Wasser gezogen und nach der Charité gebracht. — Am 27. d. M., Vormittags, wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Bäckerstraße, erhängt vorgefunden. — Auf dem Bahnhof Moabit wurde zu derselben Zeit ein Bahnarbeiter beim Abspringen von einer Rangiermaschine von der Lokomotive eines in demselben Augenblick vorüberkommenden Ringbahnzuges erfasst und auf das Gleise geworfen. Es wurde ihm dabei die rechte Hand abgehauen, und erlitt er außerdem anscheinend schwere innere Verletzungen, so daß er nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht werden mußte. — Gegenüber dem Grundstück Weiden-damm 1 sprang Nachmittags ein Holzbildhauer in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charité gebracht. — Zu derselben Zeit versuchte ein Mädchen in der Wohnung seiner Mutter, in der Auguststraße, sich zu erhängen. Es wurde indessen noch rechtzeitig aus seiner Lage befreit. — Gegen Abend wurde eine Frau vor dem Hause Kasanien-Allee 40 betrunken und mit einer bedeutenden, anscheinend von einem Fall herrührenden Verletzung aufgenommen und nach der Universitätsklinik gebracht. — Vor dem Hause Gieselerstraße 10 wurde Abends ein Paternenzgärtner von einer Droschke überfahren und erlitt außer schweren Quetschungen beider Schenkelbeine anscheinend auch innere Verletzungen. — In der Nacht zum 26. d. Mts. entstand in dem Tanzsaal der Bäderherberge, Bergstr. 12, eine Schlägerei, wobei ein Arbeiter, ein Student, ein Steinbruder, ein Former und zwei unbekannte Personen zum Theil bedeutend verletzt wurden. Die beiden Hauptschläger, Bädergehilfen Böler und Hansa, wurden verhaftet. — Am 28. d. M. Morgens erlitt ein Portier in seiner Wohnung, Dorotheenstr. 36, beim Kochen von Bohnermasse im Gesicht und an den Händen bedeutende Brandwunden, so daß seine Ueberführung nach der Universitätsklinik erforderlich wurde. — Am 28. und 27. d. M. und in der darauf folgenden Nacht fanden 11 kleine Brände statt.

Theater.

Im Wallertheater wurde am Sonntag die Aufführung der Poffe „Der Löwe des Tages“ von H. Willen, in neuer Einstudirung wieder aufgenommen. „Der Löwe des Tages“ ist ein junger Dichter und Regensent, der aus diesen beiden Eigenschaften der Gegenstand der Liebe und des Hasses wird. Da er unter einem Pseudonym schreibt, so wenden jene beiden Gefühle sich einem älteren komischen Herrn zu, dessen wirklicher Name jenes Pseudonym ist, einem Hühneraugen-Operateur, der nach dem Diktatstil schmachtet. Diese Verwechslung führt eine ganze Anzahl komischer Situationen herbei, um welche sich dann der ganze übliche Poffenapparat gruppiert. Von den Darstellern verdient vor Allen Herr Gathery als Hühneraugen-Operateur hervorgehoben zu werden, ebenso Herr Reihner als Gattenberger, der mit seinen Stößen auf der Suche hinter dem anonymen Regensenten, der sein spirituell-philosophisches Werk lächerlich gemacht hat, her ist, um gründliche Rache an ihm zu nehmen. Den Preis des Abends errang sich Fr. Josefine Göckner, die den lächerlichen Bassisch, der aus der Pension gekauft ist, und zum Schluß einen reichen Amerikaner mit prunkvollem Schnurrbart zum Manne kriegt, mit ganz allerhöchster Proletie und zum Köffen „sah“ — so behauptet wenigstens unsere Nachbarn — darstellte. In den vorkommenden Komplikationen fehlt es nicht an einer Reihe Anspielungen auf die neuesten aktuellen Vorgänge, die ihre Wirkung nie verfehlen. Die ganze Darstellung war eine flotte und hatte sich auch des reichsten Beifalls zu erfreuen.

Das **Zitherquartett „Veilsche“**, größtentheils aus Arbeitern bestehend, hielt am Sonntag, den 27. März, in Schmiedel's Brachsalen ein zahlreich besuchtes Konzert, mit darauf folgendem Tanztränzchen ab. Das Konzert fand unter Mitwirkung der Klarinettenlehrerin Frau L. Wagner, Fräulein Eug. Wagner, Herrn Max Wagner und des Registators Herrn Konstantin Sala statt. Das Programm, welches sorgfältig ausgewählt und geschmackvoll zusammengestellt war, fand durch seine tadellose Ausführung den größten Beifall der anwesenden Vereinsmitglieder und Freunde. Namentlich hervorzuheben sind Hsalm 100. Die Programmnummer: „Ein Sohn des Volkes“ fand enthusiastischen Beifall. Das Streichzither-Solo des Herrn Heinrichs und „Les Adieux“ wurden allerliebst vorgelesen. Es soll damit nicht gesagt sein, daß die anderen Vöden nicht ebenfalls Anklang gefunden hätten. Nach Beendigung des Konzertes wurde in steigender Eile das Podium befreit, um Platz für den Tanz zu gewinnen. Die sämtlichen Räume des prachtvoll ausgestatteten Etablissements wurden nun zum Tanz in Benutzung genommen.

Gerichts-Beifung.

Kautionschwindelerien lagen einer Anklage wegen wiederholten Betruges zu Grunde, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen den früheren Hotelbesitzer Paul Keeser verhandelt wurde. Der Angeklagte ist in seinen Vermögensverhältnissen zurückgekommen, er besaß ein Hotel in der Priegnitz, welches er hat aufgeben müssen. Im November vorigen Jahres begab er sich nach Hamburg und obgleich er völlig mittellos war, bewarb er sich um die Wahrung eines soeben fertig gestellten großen Vergnügungslotals „Zur Alsterburg“. Der Eigentümer sah indessen bald ein, daß Keeser keine geeignete Personalität war und brach die Verhandlungen mit ihm ab. Trozdessen suchte der Angeklagte kautionsfähiges Personal und spiegelte den Gewerbern vor, daß er die Alsterburg gepachtet habe. Einem derselben zeigte er sogar die leeren Räume. Einer der Büffetiers zahlte 700, ein zweiter 2000 Mark Kaution. Diese Beträge hat der Angeklagte zum Theil für sich selbst verbracht, bevor die von ihm angenommenen Personen dahinter kamen, daß sie betrogen waren. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer Gefängnißstrafe von neun Monaten und einjähriger Ehrverlust. Zwei Monate wurden durch die erlittene Untersuchungshaft für verläßt erachtet.

Die dritte Strafkammer des Landgerichts I hatte gestern Gelegenheit, wegen des Vergehens der Urkundenfälschung auf das zulässig niedrigste Strafmaß — einen Tag Gefängniß — zu erkennen. Die unverheiratete Marie Lang hatte zum 9. September vorigen Jahres eine gerichtliche Verladung als Zeugin erhalten. Sie veräumdete den Termin. Um die daraus entstehenden Folgen von sich abzuwenden, that sie einen Schritt, wodurch sie vom Regen in die Traufe kam. Sie machte einfach aus der 9 eine 10 und stellte sich am 10. September beim betreffenden Gericht ein. Eine mäßliche unbefangene Miene annehmend, übergab sie dem Gerichtsbeten ihre Verladung. Dieser entdeckte sofort die plump ausgeführte Fälschung. Die Lange gab auch bald zu, daß sie die Renndung selbst vorgenommen habe. Bei ihrem reuigen Geständniß beließ der Gerichtshof es bei der obigen geindesten Strafe.

Umfangreiche Wechsellchwinderleien führten gestern den Buchdruckermeister Adolf Danyiger unter der Anklage der Unterschlagung, verbunden mit Untreue vor die erste Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte besaß sich damit, die Diskontierung von Wechseln gegen entsprechende Provision zu vermitteln. In fünf Fällen hat er seine Auftraggeber benachtheiligt, indem er ihnen nur einen Theil der ihnen zukommenden Summe abländigte, oder in einer Weise über die Wechsel verfügte, mit der die Aussteller keineswegs einverstanden waren. Der Ange-

klagte versuchte im Termine, den größten Theil der Schuld auf den Kaufmann Dann zu wälzen, der sich im vorigen Jahre das Leben nahm, als er wegen Buhers angezeigt war. Dann habe ihm einen Theil der Wechsel diskontirt und sei dabei unreell verfahren. Einige der Wechsel habe er bei einer hiesigen Bank diskontirt. Wider Erwarten habe sich die Bank dabei für frühere Verluste, die durch von ihm vermittelte Wechselgeschäfte entstanden waren, schadlos gehalten, indem sie ohne Weiteres diesen Betrag von den neuen Wechseln kürzte und so sei es gekommen, daß er seinen Auftraggebern nicht gerecht werden konnte. Der Bankbeamte, der hierüber vernommen, die Angaben des Angeklagten bestätigte, mußte sich eine herbe Kritik seitens des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Brausewetter, gefallen lassen. Die Bank wußte, daß Danyiger nur die Rolle eines Vermittlers spielte und verpflichtet war, den aus den Wechseln erhaltenen vollen Betrag seinen Auftraggebern zu übergeben, bei dem Verfahren der Bank werde er aber dazu außer Stand gesetzt. Die Summen, die der Angeklagte hinter sich behalt, waren zum Theil recht erheblich und bei dem groben Vertrauensbruch, den der Angeklagte begangen, hielt der Gerichtshof eine empfindliche Strafe an Place. Es wurde auf ein Jahr drei Monate Gefängniß erkannt, auch die sofortige Inhaftnahme des Verurtheilten verfügt.

Fahrlässige Tödtung eines Kindes durch Ueberfahren führte gestern den Richter Paul Heinrich vor die I. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte fuhr am 18. Oktober vorigen Jahres in schnellem Trab durch die Briegstraße. Ein vierjähriges Kind wurde von ihm überfahren und auf der Stelle getödtet. Die Behauptung des Angeklagten, das Kind sei ihm direkt in's Fahrgewerk hineingelaufen, wurde durch die Verhandlung nicht erwiesen, der Angeklagte vielmehr zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt.

Veranstaltungen.

- Berein Vorwärts in Hildersdorf.** Der Unterricht der Nationalökonomie beginnt heute und wird ertheilt von Dr. Schömann.
- Kreisverband deutscher Zimmerleute (Schneiderband Schöneberg und Umgebung).** Heute Abends 8 Uhr Versammlung bei Falck, Grunerstraße 110.
- Verband der Geschloßhändler, Packer und Fernsprechposten.** Heute Abends Versammlung im Westen Blumenstraße 6 im Lokal von Scheuch, Vortrag.
- Berliner Holzpostage-Gesundheitsklub.** Heute Abends 8 Uhr, Sitzung bei Wiesel, Stralauerstr. 67.
- Nationale kaufmännische Kranken- und Sterbehilfe.** Heute Abends 8 Uhr im Restaurant Nordost (früher Wang) Teufelsdröckh 21: Vorstandssitzung.
- Genossenschaft Berliner Bildhauer.** Heute Abends Annsenstraße 16 Steinbildhauer-Abend.
- Abendung Schneider!** Offentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuh- und Tagelöhner-Gewerkschaft. Heute Abends 8 Uhr im Oranien's Biergarten, Kommandantenstraße 77-79. Tagesordnung: Werkstättenverhältnisse der Schuhbranche in der Friedrichstraße, speziell der Solms u. GutsMuths.
- Fahrrad-Arbeiter!** Heute Nachmittags 4 Uhr große öffentliche Versammlung im Saal der Arbeitervereins-Verwaltung. Tagesordnung: Verhältnisse der Arbeitervereins-Verwaltung. Stellungnahme zum 1. Mai.
- Zur gef. Volk!** Aus Rücksicht auf den überaus beschränkten Raum des „Vorwärts“ können wir in den Vereins- und Veranlassungskalender Hinweise auf Vergnüngen nicht mehr aufnehmen. Ab. d. 8.
- Alle Veränderungen, welche den Arbeiter-Vereinsbund oder den Bund der gefelligen Arbeitervereine betreffen, sind nur an die Vorstände derselben zu richten.**
- Les- und Diskantierklubs.** Dienstag, Johannes Wadde, 9 Uhr, bei J. Winkler, Montessstr. 40. — Sozialdemokrat, Abends 8 Uhr, bei G. Scheuch, Blumenstr. 6. — Epitulationsverein Kaffalle, bei Trüggemüller, Wienerstr. 21.
- Arbeiter-Vereinsbund Berlin und Umgegend.** Dienstag, Abends 8 Uhr, Übungshaus. Aufnahme neuer Mitglieder. — Pianofort, 5 bei C. Wadde, Berliner, Brunnenstraße 114. — Harmonia, Pianofort, 5 bei Wadde, 5. — Olympia, Madonnenstr. 9 bei Junghans. — Schillerklub, Nollendammstr. 39 bei Wadde. — Fidelitas, Westfälische Str. 10 bei Wadde. — Allegro, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Arbeiterblätter, Sekretariat, 10 bei Schneider. — Bruder-Vertr., Straußbergerstr. 3 bei Wadde. — Harmonia, Straußbergerstr. 3 bei Wadde. — Harmonia, Straußbergerstr. 3 bei Wadde. — Harmonia, Straußbergerstr. 3 bei Wadde. — Harmonia, Straußbergerstr. 3 bei Wadde.

Literarisches.

„Die Zeitschriften“, Monatschrift für Volksbildung, Aufklärung und Unterhaltung. Verlag von J. Verant, Reichensberg, Böhmen, Friedländerstr. 11. „Die Zeitschriften“ sind das einzige sozialwissenschaftliche Organ in Oesterreich, welches in entscheidender Weise die Lehren des modernen Sozialismus vertritt. Kaiser Abhandlungen über Volkswirtschaft, Volkserziehung, Gesundheitskunde, Gesundheitspflege, Naturwissenschaft, Kulturgeschichte sowie Biographien berühmter Vorkämpfer der Menschheit ic. bringen. „Die Zeitschriften“ auch gute Erzählungen, Romane, Novellen, Dramen aus dem sozialen Leben, Gedichte ic. — Preis pro Heft 20 Kr. — 40 Pfg. Probe-Heft stehen zur Verfügung.

Vermischtes.

Wohrere Arbeiter Auerbachs verspotten in einem Inserat, daß sie in eine vogelkändische Zeitung einrücken ließen, die bei der Reichstagswahl unterlegenen Ordnungsparteien in folgender Weise: „Sonntag, den 27. März, Mittag punkt 1 Uhr, großes Siegereffen in 3 Gängen. 1. Kartoffeln mit Butterbröte, Hering an der Dede, um nach einem Artikel der Auerbacher

Zeitung das nach der Deckstrecke zu lesen. Hierbei wird ein mit Delikatessen, Fleischkonserven etc. gefüllter Glasfaden mit der Aufschrift: „Nur ansehen!“ die Stunde machen. 2. Pilze und Schwämme gratis von „Anti“. 3. Verpeisung eines „Semiten“. Während dem Essen wird ein Künstler auf dem am 28. Februar 1890 geleerten Champagnerflaschen den Trauermarsch spielen.“

Der Stuttgarter Gemeinderath beschloß die Abschaffung des Volksschulgeldes. — Bravo!

Vom Achenbrödel „Volksschule“. Zu Alt-Rhoda in Mecklenburg wird seit dem August vorigen Jahres kein Schulunterricht mehr erteilt. Der alte Lehrer starb damals und ein neuer ist noch nicht angestellt. Der Pastor unterrichtet privatim seine eigenen Kinder und die des Gutsherrn. Die anderen Kinder lehren sich auf der Waffe gegenseitig Unarten. Der Uebelstand wurde vor kurzem in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung zur Sprache gebracht; Wählerversammlungen bieten ja in Mecklenburg, wo politische Versammlungen sonst strafrechtlich verboten sind, zu solchen Klagen die einzige Gelegenheit.

Im Gefängnis erhängt hat sich in Posen der Schuhmacher Blaischal, der wegen des an dem Dienstmädchen Szatanial verübten Mordmordes zum Tode verurtheilt war.

Der Bergmann Latos ist im Knappschafts-Sazareth zu Myslowitz gestorben.

Durch eine Feuerbrunst wurden in Sevelen bei Sargans 70 Häuser und die Kirche in Asche gelegt.

Die Londoner Blätter geben der Meinung Ausdruck, daß der in Australien verhaftete Mörder Deeming keinesfalls der Urheber der Morde in Whitechapel sein könne. Das Verbrechen Deeming's sei bekannt. Derselbe sei zu der Zeit, als die Morde in Whitechapel begangen wurden, entweder im Auslande oder im Gefängnisse gewesen. Die Polizeibehörden glauben, Deeming hoffe durch sein Geständniß, die Morde in Rainhill sowie die beiden letzten Morde in Whitechapel begangen zu haben, seine Aburtheilung durch englische Gerichte herbeizuführen und dadurch seine Lebensfrist noch etwas zu verlängern.

Infolge Futtermangels mußten im Gouvernement Kiew (Rußland) über 21 000 Pferde getödtet werden.

In Luxemburg wurde der Redakteur des Servais'schen Journals „Echo“ wegen Verleumdung zu 1 Monat Gefängnis, 50 Frs. Geldbuße und 1000 Frs. Schadenersatz verurtheilt.

Schiffsunfall. Der Hamburger Dampfer „Desterro“, auf der Heimreise von Südamerika begriffen, ist vier Meilen von

Ter-Schelling-Feuerschiff mit dem englischen Dampfer „Indra“ zusammengefahren und 14 Faden tief gesunken. Sämtliche 44 Passagiere und die Mannschaften wurden von dem englischen Dampfer „Operto“ aufgenommen und sind in Hamburg gelandet. Die Ladung des „Desterro“ bestand aus 20 000 Sac Kaffee und Tabak.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

London, 28. März. Den ausstehenden Bergarbeitern wurden heute morgen neue Stimmzettel von dem Exekutiv-Komitee in Durham verabreicht. Dieselben sind bis Mittwoch ausgefüllt zurückzugeben. Man glaubt, daß die Zahl der für die Fortdauer des Kußstandes Stimmenden eine geringere werden, aber immerhin sich noch als eine beträchtliche zu Gunsten des Kußstandes ausweisen dürfte. Von der großen Zahl der in Durham stationirten Polizeimannschaften sind noch keine zurückgezogen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Herr Karl Kullik, Schneider, Marsiliusstraße 13, III., ersuchte uns auf Grund des Presgesetzes um die Mittheilung, daß die Worte des bekannten Schneider-Versammlungsberichts, er habe im Sinne der Firma Bär Sohn gesprochen, nicht so zu verstehen sind, daß er im Auftrage jener Firma gehandelt hätte. Zwischen ihm und der Firma Bär Sohn hätten bis heute keinerlei Beziehungen bestanden. Seine Erklärungen seien völlig unparteiisch, lediglich auf Grund seiner Erfahrungen und aus Rechtfertigungsgefühl und Wahrheitsliebe erfolgt. Weiter habe er seine Rede nicht selbst abgebrochen, sondern es sei ihm das Wort entzogen worden, als er der Agitationskommission Vorwürfe gemacht hätte. Auch sei er nicht aus der Agitationskommission ausgeschlossen worden, sondern aus den bereits früher angegebenen Gründen aus derselben ausgetreten. — Für den „Vorwärts“ ist die Angelegenheit nunmehr endgiltig erledigt, zumal in der letzten Versammlung des

6. Wahlkreises ein Komitee zur unparteiischen Untersuchung der Sache gewählt worden ist.

Ein Anti-Quatscholog. Im „Bär“ befindet sich ein Sittenroman: „Berlin O.“, in welchem der Lohn eines Maurergelbes auf 10—12 Mark pro Tag angegeben wird. Sie möchten den Namen des noblen Maurermeisters wissen, der solche Löhne zahlt. — Wenn Sie Anti-Quatscholog sind, was lesen Sie denn solche Quatschromane? Ihren Zweck, den Philister zu ähneln, erfüllen derartige Romane vollst. auf die Arbeiter nehmen die „parteilosen“ Blätter am wenigsten Rücksicht, wenn jene nur dumm genug sind, derartige Blätter fleißig zu abonnieren und durch Annoncen zu unterstützen. An solchen Dummen ist leider noch immer kein Mangel.

O. Sch. Was streiten Sie sich mit Anarchisten herum, zumal noch wenn sie mit so dummen Behauptungen wie die von den „zwölf Zimmern“, welche Bebel bewohnen soll, kommen?

Alter Abonnent 100a. Wo ein junger Geschäftsmann Geld zu leihen bekommt? Buchadressen mögen wir nicht angeben, selbst wenn wir es könnten. Die bestehenden Vorschussvereine verlangen Sicherheit und Bürgschaften. Die edlen Menschenfreunde aber, die aus reiner Menschenfreundlichkeit Darlehen gewähren, sind mit der Laterna zu suchen und wünschen am allerwenigsten an die Oeffentlichkeit gebracht zu werden.

P. P. 100. Außer der Sprechzeit ist es ungewiß, ob das betreffende Redaktionsmitglied zu sprechen ist.

Waste: Kann eine Leutenants-Masse der Sozialdemokratie ein Hinderniß oder Kerngerüst sein? Der Sozialdemokratie gewiß nicht; ob einzelnen Sozialdemokraten oder einer Vergnügungsgesellschaft derselben, das kommt auf die besonderen Umstände an. Ob man mit der Wahl einer Masse Glück hat, ob man damit die beabsichtigte Heiterkeit oder das Gegentheil erregt, das hängt von vielerlei Umständen ab. Mit derselben Masse, mit der man an einem Orte der Mittelpunkt der vergnügtesten Stimmung wird, kann man anderwärts rausgeschmissen werden. Dann hat man aber Pech gehabt.

F. S., Marzstraße. Es giebt eine ganze Anzahl sichere Feuererversicherungs-Gesellschaften. Es widerstrebt uns, ein Privatgeschäft vor den anderen zu empfehlen. Sie könnten sich sonst ebenso gut an uns mit der Frage wenden, wo Sie einen guten Rod bekommen.

F. P. in Sch. Ist bereits in Angriff genommen und wird in kurzer Zeit erscheinen.

Bock-Brauerei.

Empfehle den großen Garten mit beiden Sälen zu Sommerfestlichkeiten.

August Tiedemann,

Dekonom.

2158L

Gefärbt wird für Mk. 2,50

in allen Farben: Damenkleider, Ueberzieher, Röcke, im Ganzen oder getrennt; Bettdecken à Paar 2,50 (Bleichenzeit 4 Stunden).

Chemische Wäscherei

zu den solidesten Preisen.

A. Pergandé,

Haupt-Geschäft: Waldemarstraße 52.
Filialen: Görlitzerstr. 43, Reinickendorferstr. 12; Potsdam: Rauenestr. 18.
Anstellung und Abholung kostenfrei.

2134L

Zum Umzug empfehle mein großes Lager in

Haus- u. Küchengeräthen

F. Gragert

Zionskirchplatz 5. Zionskirchplatz 13.
NB. Ein Posten zurückgestellter Waaren, Gewürzkränze etc. außerordentlich billig!

2187L

Musikinstrumente.

Lager in Dithern, Violinen, Gitarren, Harmonikas. Alle Musikinstrumente, Trommeln, Flöten und Klarinetten, Spieldosen zum Drehen und selbstspielend, Albums und Pierisdel mit Musik. Musikwerke-Verleih, alle u Arbeiterlieder u. Theilnahme gestattet.

Aug. Kessler, 51 Kaufingerstr. 51, am Platz.

1938L

Möbel- und Ausstattungs-Magazin

von J. Adler, Granienstraße 47. Auch Theilzahlung gestattet. [2085L]

Bettfedern

H. Wessling, Dresdenerstraße 134.

2. Haus v. Cottbuser Thor.



ADALBERT VOGT & CO. BERLIN FRIEDRICHSBERG.

Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte

„Helm-Putz-Pomade“

ist nur unser Erzeugniß. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit unserer Firma, weise man als werthlose Nachahmungen zurück.

KRONENGARN.

Staare 2 M., Singlerchen 1,50 M., rote Dompaffen 3 M., alle Arten Waidbügel billig, Herbstwäcker 2,50 M.

Schnelle, Stalischerstr. 132.

— Theilzahlung, P. R. Retzlaff
Bettfedern - Spezialgeschäft.
Bräudenstr. 5 (Zanowibridge). [2062L]

Nohtabak A. Goldschmidt,

Spanbauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Spanbauerbr. 6, am Gode'schen Markt. 2069L

Bettfedern,

8 fach gereinigte, neue, vorzüglich füllend, 50, 70, 90 Pf. Halbdaunen 1,10. Halbdaunen, Silberhell, 1,60. Daunen von vorz. Qualität (3 Pf. genügen zum größten Oberbett) 2,50, empfiehlt das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von S. Pollack, Dranienstraße 61, am Moritzplatz.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel empfiehlt sich die

Beitungs-Expedition

von Max Kirsch,

Ritterstr. 107, Ecke Prinzenstraße.

Dem stark angerötheten Tischler

Otto Zern

sende zu seinem heutigen Geburtstag die besten Glückwünsche. Der rothe Buchhändler aus der W... strasse. N.B. Na, Otto, sei heute nicht so genau!

2188b

Unsern Freunde und Genossen, dem gemüthlichen Pommer und Budiker Albert zu seinem heutigen Wiegenfeste ein kräftiges Hoch. Die trockenen Stellen, die wir davon kriegen, kann er ja ordentlich anfeuchten.

2185b

Die A. E. G. Stammgäste von Café Piper am Gartenplatz.

Unsern Freund und Genossen Hermann Semmler zum heutigen Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch, daß die Koppenstraße grade wird.

2178b D. S. G. S. P. D.

Am 26. März verschied nach langem schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Rudolf Assmann

im 47. Lebensjahre. 2188b
Berlin, den 29. März 1892.
Die Setzer der National-Zeitung. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. M., Vorm. 9 Uhr, auf dem alten Sophienkirchhof, Bergstr. 32, statt.

Allen Verwandten, Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Gärtler Emil Schmidt am Sonntag nach schweren Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. d. Mts., Nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Eisenbahnstr. 38, aus nach dem Genuas-Kirchhof statt. [2183b]

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.

Für die vielen und herzlichsten Beweise inniger Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Genossen und Freunden, insbesondere den Gesangsvereinen Kreuzberger Harmonie und Vorwärts I SO meinen innigsten Dank. 2176b

Franz Voetticher.

Dankagung.

Allen Freunden und Bekannten, die meinen lieben Mann und unseren Vater auf seinem letzten Gang begleitet, besonders Herrn Prediger Knaor für seine trostreichen Worte, ebenso dem Verein der Holz- & Brotträger sage ich hiermit meinen innigsten Dank. Wittwe Landschulze 2187b

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 538 L

Robert Meyer,

Vr 2. Mariannenstraße Nr. 2.

NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Jede Uhr

unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren

C. Wunsch, Mannsstr. 38, n. d. Oranienplatz

Das größte Brot für 50 Pf. liefert

Albrecht's Bäckerei,

Wrangelstr. 8, Langestr. 26., Falkensteinstr. 18.

Unterstützungs-Verein deutscher Tabakarbeiter.

Zahlstelle Berlin.

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, 29. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hermann, Eißelbathstr. 30.

Tages-Ordnung:

1. Anträge zur Generalversammlung.
2. Wahl von zwei Delegirten zur Generalversammlung.
3. Verschiedenes. 300/13

Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß es Ehrenpflicht aller Mitglieder ist, in der am nächsten Sonntag stattfindenden allgemeinen Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Berlins vollständig zu erscheinen.

Der 1. Bevollmächtigte, Louis Dechand, Ruheplatzstraße Nr. 24.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Bersammlung

Mittwoch, den 30. März, Abends 8 Uhr, bei Nordert, Beuthstr. 18/22.

8. Cyklus-Vortrag

des Schriftstellers Herrn W. Bölsche

über: Die Entwicklungsgeschichte der Erde, Fortsetzung: Der Mensch. Die Entstehung der Schrift. Gäste zahlen 20 Pf. Entree. — Auch können Beiträge bezahlt werden. 432/13

Der Vorstand.

Friedrichshagen.

Heute Dienstag, Abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. C. Conrad:

sozialdem. Wählerversammlung

der III. Abtheilung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die Gemeindevahlen.“ Referent: Genosse Stadthagen.
2. Diskussion.
3. Aufstellung der Kandidaten.
4. Verschiedenes.

378/14 Das Wahl-Komitee.

Saal und Zimmer

für Vereine und Zahlstellen zu vergeben, auch schöner Garten dabei

Gips-Str. 3. 2117b

Meinen Bekannten und Genossen zur Nachricht, daß ich Hr. Frankfurterstr. 39 ein Milch-, Sahne- u. Backwaaren-Geschäft eröffnet habe. Bitte, mich bei Bedarf zu berücksichtigen. Brot und Frühstück sende frei ins Haus. 2179b

Gustav Jang, Hr. Frankfurterstr. 39.

Zwei II. Wohnungen, 95 u. 80 Thlr., zu verm. bei Zlamer, Cuvrystraße 17.

Billige freundliche Wohnungen von Stube und Küche Warschauerstraße 5 (Haltestelle der Stadtbahn) zu vermieten. 1656b

Stube, Küche, Bd. 3. April 3. verm. Parochialstr. 6 1 Tr. 2175b

Möbl. Schlafstelle zu vermieten bei Seichow, Chorinerstr. 23, v. 4 Tr. I. Genossen finden freundl. Schlafst. bei Ww. Waldauf, Stephanstr. 36, Hof III. Schlafst. f. Herrn Forsterstr. 4 III. [2181b]

Genosse findet ungenirtte Schlafstelle bei Schröder, Landsbergerstr. 27, v. III. Dresdenstr. 78, 5. Stfl. III. z. möbl. Schlafst. für 2 Herren. 5285b

1892L

Sophabezüge!

Beste in Nips, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff, spottbillig. Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Proben franko!

Grosse Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin, Prinzenstraße 43. Preisliste gratis und franko. Viele Anerkennungs-schreiben. 2083L

Bettfedern

vollständig haubfrei, mit vorzüglicher Füllkraft, à Pfd. 50 Pf. bis zu den feinsten Qualitäten. Daunen von 2 bis 5 Mark. Komplette Betten in großer Auswahl enorm billig. [2093L]

H. Lehmann, Köpnickstraße 25 a.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich Cuvrystr. 48, nahe der Schleifischen Straße, ein

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal

eröffnet habe. Allen Spaziergängern nach Treptow bestens empfohlen.

Anton Seidler.

2074b 1 großes Vereinszimmer zu vergeben

A. Alschner 2174

Molkerei-Hiederlage

Rauhenstraße 65a

hält sich hiermit den Genossen empfohlen.

Seifengeschäft verl. f. jed. Preis. In erst. Fürstendammstr. 11a. Koch. [2190b]

Eichf. 2,00, Staare, Heide. 1,75, Feldlerchen, Buchfinken 1,25, Rotzschelchen 1,00, Berg- u. Grünfinken, Goldammer 0,75 M. Schnelle, Invalidenstr. 7.

Bei Beginn der Bauzeit empfehle meine anerkannt guten Kloten und Steiger, sowie jede Sorte Pantinen und Filzpantoffeln. A. Weichner, Joachimstraße 18, früher Gipsstr. 13. [2180b]

Krankeith. eine Schuhmacher-Werkstatt nebst Wästen u. Schild sehr billig z. verl. Richardstr. 42, v. i. Keller.

Kinderwagen.

Größtes Lager Berlins Andrastr. 23 D.P.

M. Schlafst. Prinzen-Allee 11, Seitenfl. III.

Butter, 9 Pfd. netto, post. Honig, milchbuter für M. 8. Blumenhonig ff. M. 5. A. J. Blankopf, Luste, Galizien.

Rechtsbureau

des königlichen Amtsrichters a. D., Hr. Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntag.

Die Beleidigung gegen Wilhelm Sagwig nehme ich zurück. G. D.

Arbeitsmarkt.

Gärtler-Gezilling verl. D. Grind Mariannenstr. 8. 212

1 Lehrling zum 1. April verl. G. Supercyanski, Zehlfußstr. 21862] Invalidenstr. 106, 2 Tr.

Soziale Ueberlicht.

Aufruf an sämtliche Maschinen- und Heizer Deutschlands!

Kollegen und Berufsgenossen! Die große Mehrheit der organisierten Arbeiter Deutschlands hat sich zentralisiert oder ist darin begriffen; wir Maschinen- und Heizer wollen auch die Hand nicht in den Schoos legen. Im Fach der Maschinen- und Heizer steht es jetzt noch recht trübe aus, obwohl es eins der wichtigsten Glieder im Fabrikbetriebe ist. Wenn man bedenkt, was von einem Maschinen- und Heizer heute alles verlangt wird, 14-20 stündige, durch unerträgliche Hitze noch mehr ermüdende tägliche Arbeitszeit, und welche hohen Anforderungen uns nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch gestellt werden, so ist es wirklich an der Zeit, daß wir versuchen, durch Zusammenschluß in einer großen Organisation uns eine bessere Existenz zu erringen.

Bedenkt, Kollegen, welches Kapital uns anvertraut wird in Gestalt von Dampfmaschinen, Maschinen und Triebwerken; aber nicht allein dieses, sondern noch viel Wichtigeres ruht in unserer Hand, nämlich das Leben und die Gesundheit vieler unserer Mitmenschen, denn es ist Tatsache, daß durch die Unachtsamkeit ungeschulten und ungeschulten Maschinenpersonals so manches Unglück verhängt wird. Zweck dieses Aufrufes ist nun, Euch Kollegen aufzufordern, überall in Städten und Orten, wo Maschinen- und Heizervereine bestehen, Euch denselben anzuschließen, und wo diese noch nicht vorhanden, solche zu gründen, um später etwas Ganzes, einen Allgemeinen Deutschen Maschinen- und Heizerverband zu schaffen. Es bestehen zwar in verschiedenen Städten Maschinen- und Heizervereine, im Königreich Sachsen existiert auch ein Verband; bei all diesen Organisationen kommen jedoch nur Bruchteile der Gesamtheit aller Kollegen in Frage. Wenn auch diese Vereine resp. der Verband ihren Mitgliedern schon einiges bieten, z. B. Belehrung durch technische Vorträge, Sterbe-Unterstützung an sämtliche Familienmitglieder, Rechtschutz, Arbeitslosen-Unterstützung u. s. w., so würde doch noch mehr geleistet werden können, wenn die Kollegen der Pflicht eingedenk wären, sich alle zu organisieren. Die unterzeichnete Kommission, welche vom Berliner Verein gewählt wurde, richtet deshalb die Bitte an Euch Kollegen in ganz Deutschland: Organisiert Euch, gründet Hochvereine, um später einen Allgemeinen Deutschen Verband zu schaffen, um es auch den einzelnen Kollegen in den kleinen Orten zu ermöglichen, durch Anschluß an den Verband des Nutzens einer allgemeinen großen Organisation theilhaftig werden zu können. Mit Rath und Statuten stehen wir gern zu Diensten.

Die Kommission.

J. A.: Karl Kirchner, Berlin N. Anklamerstr. 25.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten und alle zielbewußten Arbeiter, welche vorstehenden Aufruf lesen, werden ersucht, die in ihren Betrieben beschäftigten Maschinen- und Heizer auf denselben aufmerksam zu machen.

Au die Barbier, Friseur- und Perrückenmachergehilfen Deutschlands.

Kollegen! In Nachfolgendem bringen wir zu Eurer Kenntnis, daß der dritte Kongreß der Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehilfen Deutschlands in der Zeit vom 2. bis 8. Mai d. J. in Köln a. Rh., im Lokale des Herrn Niebus, Kämmergasse 18, stattfindet wird. Derselbe wird von dem unterzeichneten Vorstand einberufen.

Soll sich unsere Zukunft etwas freundlicher gestalten, dürfen wir nicht länger in stumper Theilnahmslosigkeit verharren; wir müssen gegen die Bevormundungen und Bedrückungen von Seiten unserer Gegner energisch Front machen. Vornehmlich sind es die Innungsmeister mit ihren mittelalterlichen Anschauungen, welche Stück um Stück uns unser Recht berauben; sie haben uns nicht einmal den freien Arbeitsvertrag gelassen, welcher jedem Arbeiter vom Gesetz gewährleistet wird. Daher, Kollegen, fordern wir Euch auf zur Theilnahme am dritten Kongreß in Köln. Raft Euch auf; schüttelt die Gleichgültigkeit von Euch ab, wählt die Tüchtigsten, die Befähigtesten aus Eurer Mitte und sendet sie als Vertreter Eurer Interessen nach Köln. Dort wollen wir gemeinschaftlich beraten, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine Verbesserung unserer mickligen gewerblichen Lage herbeizuführen, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Wir fordern Euch auf, gleichwohl ob Ihr dem Gehilfenverband angehört oder nicht, und fördert thätigst den Ausbau der Gehilfenorganisation; je stärker diese ist, desto mehr wird das Uebergewicht unserer Gegner abgeschwächt. Nur dann können wir unsere Ziele erreichen, wenn wir als ein geschlossenes Ganze vorgehen.

Hinsichtlich der Delegiertenwahl weisen wir besonders darauf hin, daß die Delegierten da, wo kein Zweigverein besteht, in einer öffentlichen Versammlung zu wählen und mit einem von dem Bureau der Versammlung unterzeichneten Mandat zu versehen sind. Den Kollegen derjenigen Orte, welche dem Verbande noch nicht angehören und nicht Mittel besitzen, einen Delegierten zu entsenden, machen wie den Vorschlag, sich durch einen Kollegen in Köln vertreten zu lassen.

Anträge zum Kongreß und die Namen der Delegierten sind bis spätestens 15. April d. J. an F. H. Merzig, Kleiner Buchhof 11, Hamburg, einzusenden, daselbst wird auch jede diesbezügliche Auskunft erteilt.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß behufs Erhebung einer Berufsstatistik an sämtliche Kollegen Orts- und Personen-Fragebogen verteilt werden; zur Erlangung derselben wollte man sich umgehend an die oben angegebene Adresse wenden.

An Euch aber, Arbeiter, Freunde, richten wir die dringende Bitte, helft uns bei unserem Unternehmen, macht die Gehilfen des Barbiergewerbes, wo Ihr mit diesen in Verlehrs tretet, auf den Nutzen und die Nothwendigkeit der Organisation aufmerksam, damit sie sich dem bereits bestehenden Gehilfenverbande anschließen, so daß wir in der Rolle der organisierten Gewerkschaften als ein starkes und wichtiges Glied gelten können.

Der Vorstand

des Verbandes deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden höflichst gebeten, vorstehenden Aufruf zum Abdruck zu bringen.

Aus Gadebusch wird uns mitgeteilt, daß in der dortigen t. h. Fabrik von F. H. v. No. 47 Arbeiter wegen anstößiger Aufwiegelung die Entlassung erhielten, diejenigen jedoch, welche die Erklärung abgaben, weder dem Verbande anzugehören noch Sozialdemokrat zu sein, fernere Verpflichtungen, bis Neujahr der Fabrik zu bleiben, in Arbeit bleiben konnten. Aufgesperrt sind dadurch schließlich 22 Arbeiter, worunter 8 Ledige, die in- und außerhalb der Fabrik leben. Die Meisten gehörten dem „Verbande“. Die Lage derselben sei eine traurige, sie ersuchten deshalb um Unterstützung. Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an Felix Hildebrand, Benolmächtigten des Tischlerverbandes, Gadebusch in Mecklenburg, Steinstr. 24. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Aus Hamburg wird der „Deutschen Brauer-Zeitung“ gemeldet, daß der Streik der Brauer der Marienthaler Brauerei siegreich beendet wurde. — Die Arbeiterschaft hatte über das Bier jener Brauerei den Boykott verhängt, um die Brauer in ihrem Streik zu unterstützen.

Der braunschweigische Landtag hat bestimmt, daß in den Landgemeindeschulen zur Sommerzeit der Handfertigkeits-Unterricht 8 Wochen lang ausfällt, und, wie der „Braunschweiger Volksfreund“ schreibt — nicht etwa, damit die Schüler während der heißen Jahreszeit für einige Stunden den Schulräumen entzogen sind, sondern zu dem ausgesprochenen Zweck, damit sie im Dienste der Landwirtschaft thätig sein können. Der „notleidenden“ Landwirtschaft auf die Beine zu helfen, müssen schon die Proletariatskinder im zartesten Alter behilflich sein.

Aus Vorn wird der „Köln. Ztg.“ berichtet, in der unter dem Patronat der Verner, Solothurner und Neuenburger Regierung in Biel abgehaltenen Besprechung der Unternehmer und Arbeiter der Uhrenindustrie des Jura sei hinsichtlich des ausgebrochenen Streiks Waffenstillstand beschloffen worden. Der Streik betreffe die Stellung der Uhrwerke, Metalle etc. u. s. w.

Versammlungen.

Die Maurer von Hildorf, Brüg und Umgegend hatten am 21. März versammelt, um die Berichterstattung über den Halberstädter Kongreß anzuhören, die in eingehender und mit lebhaftem Beifall bedachter Weise Herr E. Gastein aus Hildorf gab. In der ausgedehnten Diskussion über das Referat trat zunächst Herr Hoffmann gegen den Referenten auf, betonend, daß das häufige Innehalten der Schlagworte „Totalisation“ und „Zentralisation“ zu einem Unfug auszuarten drohe. Tief bedauerlich sei es, daß man auf dem Kongreß in der Weise, wie dies geschehen, der Minderheit den Fehdehandschuh hingeworfen habe. Um so bedauerlicher sei diese Thatsache, weil der Kongreß sich die Aufgabe gestellt habe, etwas Einheitliches zu schaffen, einheitlich einberufen worden sei und nach altem Prinzip, wo Arbeiter zur Berathung gemeinsam zusammenzutreten, jeder das Recht haben müsse, seine Meinung zu sagen und dieselbe zu vertreten. Redner bezeichnet als Ursache des Verlassens des Kongresses seitens mehrerer Delegirter der sogenannten lokalen Richtung den Absatz 5 der Resolution 9. Die Organisation der Arbeiter solle und dürfe kein Versuchsfeld für Experimentirung sein. Kartellverträge, die man in Halberstadt, da man das Ziel der Union nicht erreichte, beschloffen, habe man längst schon in Berlin. Man solle sich mit Dingen befassen, die klar und ungewandelt vor Augen lägen, nicht in die Ferne schauen, um anzuklopfen, was vielleicht in fünfzehn Jahren anzubahnen sei. Herr Buchholz wandte sich gegen diese Anschauungen. Berlin habe für jeden Übergang Gelegenheit, sich politisch zu bilden und dementsprechenden Anschluß zu suchen. Redner betont und erläutert die Berechtigung der Hamburger zur Führung. Der Verband sei statthaltig genug. Er zähle 12000 zahlende Mitglieder. Maurer Wille sprach gegen den Referenten. Die Generalkommission habe ihr eigenes Gebiet nicht erkannt. Der ganze Aufbau der Zentralisation gleiche einem auf Sand gebauten, hübsch ausgeputzten Hause. Man habe nicht die mindeste Ursache, die anders gesonnenen Organisationen auszuschließen. Man sollte im Gegentheil auch die nicht nach der Schablone Vorstehenden anerkennen. Möglichste Bewegungsfreiheit müsse belassen sein und mit der ungeheuren Masse der Nichtorganisierten müsse man rechnen. Die Herren Gastein und Buchholz verteidigten die Ansicht, daß man in Halberstadt recht wohl von einem allgemeinen Kongreß sprechen dürfe. Man könne sich gar keinen Kongreß denken, der den Charakter der Allgemeinheit deutlicher an sich trage. Das Verdrehen der Worte sei man insofern von dieser Seite gewohnt. Diktatur wollten die Gegner üben und das habe ihnen mit Recht die große Mehrheit auf dem Kongreß verleidet. Bedauerlich seien die ewigen persönlichen Nörgeleien. Aber die Herren hätten nichts gelernt, wollten nichts lernen. Oftmals segelten die Lokalorganisationen in völlig falschem Fahrwasser. Die Feindschaft finde auch zum Theil darin ihre für die Gegner allerdings nicht sonderlich schmeichelhafte Erklärung, daß man ärgerlich opponire, weil man mit den Geldern nach bestimmten Plänen verfahren müsse. Herr Meyerau erklärte: Die Hildorfer Maurer sind zentral organisiert und zentral gesonnen. Es komme lediglich darauf an, auf welchem Wege man das Gros der politisch und gewerkschaftlich Anmündigen heranzuziehen vermöge. Die Hamburger seien zentralisiert und politisch dennoch hoch angeklärt. Herr Förster kritisierte die Anhänger der Lokalorganisation, welche die Harmonie im Munde führten, in den Versammlungen aber als Sprengkolonnen austräten, und wandte sich dann sehr scharf gegen Wille. Nachdem Wille entgegen, fand eine Resolution gegen 4 Stimmen Annahme, die sich für Verwirklichung der auf dem Halberstädter Kongreß aufgestellten Ziele aussprach.

Eine Versammlung der Drechsler und Berufsgenossen Deutschlands (Ordnungsverwaltung Berlin) hörte am 21. März einen Vortrag des Herrn Dr. Kantorowicz über die Hygiene des Mundes. Der Redner fand allseitigen Beifall. Nachdem erstattete der Bevollmächtigte Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes und dann wurde die Wahl der Verwaltungsbeamten vorgenommen, welche auf folgende Kollegen fiel: Erster Bevollmächtigter Post, zweiter Thomas; erster Schriftführer Zander, zweiter Sangershausen; erster Kassirer Baumberg, zweiter Beier; erster Beisitzer Klotz, zweiter Kanzius; Neuwirth; zweite und Bruckner; Vertrauensmann der Strohbranche: Kasehorn; Vertrauensmann der Kammacher: Vogt; zum Hilfskassirer für Südost wurde Kollege Schneider gewählt. Dann wurde den Kassirern von der Matinee und Maskenball nach stattgehabter Abrechnung Rechnung erteilt. Kollege Plagens wies auf die am zweiten Osterfeiertag stattfindende Matinee der freien Hilfsklasse der Drechsler hin und Kollege Kanzius ersuchte, dem Genossen Peus dadurch entgegen zu kommen, daß man recht zahlreich die von demselben herausgegebenen Broschüren laufe. Die nächste Versammlung findet am 10. April statt.

Die freie Vereinigung selbständiger Barbier, Friseure und Perrückenmacher Berlins und Umgegend hielt am 21. März eine stark besuchte Monatsversammlung ab, in welcher Genosse Grün del über das Thema sprach: „Die Volksernährung, wie sie ist und wie sie sein soll.“ In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit den interessanten Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und forderte, da von der heutigen Gesellschaft nichts zu erwarten sei, alle Kollegen auf, Schalter an Schulter mitzukämpfen für eine menschenwürdige Existenz alles Schaller, was Menschenanständig trägt. Unter „Gesellschaftlichem“ wurde die von den Innungsleuten am 14. März gegen die Sonntagsruhe gefasste Resolution einer Kritik unter-

jogen. Diese Resolution behauptet, daß selbst die Gehilfen mit der strikten Durchführung der Sonntagsruhe nicht einverstanden seien, indem sie bei Einführung der Sonntagsruhe den gegenwärtigen Lohn nicht mehr beanspruchen könnten. Der letzte Satz der Resolution kennzeichnet die Innungsbestrebungen aber am deutlichsten; er besagt, daß das Barbiergewerbe weder in den Rahmen des Handwerks noch des Handelsgewerbes passe, sondern zur Kategorie der persönlichen Bedienung gehöre. Es wurde hierzu die betreffende Frage ausgeworfen, ob zu einer persönlichen Bedienung es einer 3-4jährigen Lehrzeit und einer Prüfung als Gehilfe, wie einer solchen als persönlichen Bedienungsmann bedürfe. Diese Frage ist zugleich die passendste Antwort auf die naive Resolution der Innungsleute.

In einer gut besuchten Versammlung hatte sich die freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen am 22. März bei Seefeldt versammelt, um einen Vortrag des Herrn Dr. N. Wolf über Hygiene des Mundes zu hören. Der Referent erntete für seinen Vortrag lebhaften Beifall, und die vielen Fragen, welche an ihn gerichtet wurden, bestätigten das Interesse, mit welchem die Versammelten seine Ausführungen verfolgt hatten. Alsdann kam der Streik der Firma H. Krüger, Kettlerstraße, zur Sprache, und zugleich das Verhalten des Werksführers daselbst. Letzterer hatte einen Brief an den Vorsitzenden gerichtet, welcher unter allgemeiner Heiterkeit verlesen wurde. Bekannt wurde noch gegeben, daß sich leider zwei Mitglieder der Vereinigung gefunden haben, welche, trotzdem die Kollegen aus jener Firma nur streiken, um ihre früheren Arbeitsbedingungen fortzubehalten, an deren Stelle zu den von der Firma gestellten Bedingungen in Arbeit traten. Es sind dieses der Schleifer Albert Polmar und der Geißler Franz Rumpf; die Versammlung beschloß einstimmig, beide nicht mehr als Mitglieder zu betrachten. Auch über das Verhalten der Streik-Kontrollkommission wurde debattiert, doch kam es zu keinem endgültigen Resultat, weshalb eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, um die Sache richtig zu stellen. Nachdem der Vorsitzende noch über die Matinee gesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Der sozialdemokratische Arbeiterverein zu Weihenstephan hielt am 21. März eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter Kunert über die Volksschule und das „Volksschulgesetz“ referierte. Derselbe schloß voraus, daß, obwohl der Entwurf zu diesem Gesetze allem Anscheine nach zurückgezogen werden würde, es dennoch notwendig erscheine, darüber zu sprechen, da der Entwurf uns zeigt, in welchem Fahrwasser die Regierung segelt. Redner erläuterte dann die einzelnen Paragraphen des Entwurfs, zeigte, welchen erhöhten Einfluß durch den Entwurf die Geistlichkeit auf alle Zweige des Volksschul- und Unterrichtswezens gewinnen müsse, trotzdem ein Geistlicher in diesen Dingen nur als Laie anzusehen sei, und kennzeichnete hierauf die Haltung der verschiedenen Parteien dem Entwurfe gegenüber, wie eine jede der im Abgeordnetenhaus in Betracht kommenden Parteien weit davon entfernt ist, einer wirklichen Reform des Unterrichtswezens oder auch nur der Volksschule das Wort zu reden. Frankreich sei in Bezug auf das Schulwesen Preußen allerdings über, da dort die Volksschule der Schule durchgeführt sei; jedoch wäre auch die französische Schule nicht das, was die Sozialdemokratie erstrebe; wir wollten vielmehr die allgemeine Volksschule, in welcher ein jeder diejenige Stufe der Bildung erlangen kann, zu der er die Veranlagung besitzt. Wer mitarbeitete an der Befreiung des arbeitenden Volkes, der arbeite mit an der höchsten Bildung, die dem Menschen zu Theil werden könne. (Beifall.) In der Diskussion wurde der Absatz 6 des Parteiprogramms: „Religion ist Privatfache“ von zwei Rednern angegriffen; dieselben waren der Ansicht, daß wenn man eingesehen habe, welchen Werth die Religion besitzt, man auch auf religiösen Gebieten den Kampf offen führen müsse, so gut wie dies auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete geschehe. Der Referent widerlegte dieselben in seinem Schlusswort und verteidigte den angefochtenen Passus des Programms. Folgende, vom Genossen Kunert beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung erklärt, in Bezug auf Schule und Religion auf dem Boden des sozialdemokratischen Aktionsprogramms zu stehen.

Sie hält sich überzeugt, daß weder die Regierung noch die herrschenden Klassen, die im preussischen Landtage ausschließlich vertreten sind, den Willen besitzen und ihn aus Klasseninteresse nicht besitzen können, diesen Grundbesitz gerecht zu werden. Daher steht die Versammlung allen von dieser Seite ausgehenden Reformen ablehnend und feindselig gegenüber.

Sie ist ferner durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die frei organisierte, wahrhaft allgemeine Volksschule nur Leben und Wirklichkeit werden kann unter der Voraussetzung des Sturzes der kapitalistischen und des Sieges der sozialistischen Weltanschauung.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen Berlins und Umgegend sprach kürzlich Kollege Wölkel unter reichem Beifall über Zweck und Ziele des Vereins und über die Möglichkeit, das geringe Interesse der Mitglieder dem Verein gegenüber zu heben. In warmen und einbringlichen Worten schilderte der Referent die heutigen traurigen Zustände und wies darauf hin, wie sehr auch die Hutarbeiterinnen unter denselben zu leiden haben, weshalb es für sie unbedingt notwendig sei, eine straffe Organisation zu schaffen, welcher anzugehören Pflicht einer jeden Kollegin sein müsse. Nachdem dann Kollege Wölkel in eingehender Weise Zweck und Ziele des Vereins dargelegt hatte, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die anwesenden Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen der in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen Berlins und Umgegend erklären es nach den Ausführungen des Referenten für ihre heiligste Pflicht, ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu vertreten; um das aber thun zu können, auch für das Fortbestehen des Vereins Sorge zu tragen, damit derselbe voll und ganz seinen Zweck erfüllt. Sie verpflichten sich auch, ihr volles Interesse demselben zuzuwenden und alle fernstehenden Kolleginnen ihm zuzuführen.

Unter Verschiedenem wurde dann noch der Beschluß gefaßt, die Versammlungen hin und wieder am Sonntag Nachmittag abzuhalten, und zum Unterschiede von dem bisherigen Brauche dem Vortrage ein gemüthliches Beisammensein folgen zu lassen, um dadurch einen regeren Besuch der Versammlungen herbeizuführen.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgegend hielt am 20. März in Nordert's Salen, Beuthstraße, eine beschließende Versammlung ab. Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung, „die geplante Lohnbewegung der Drahtarbeiter“, referierte Kollege W. u. e. Die von der betreffenden Branche aufgestellte Lohnstatistik wurde von diesem den Mitgliedern unterbreitet. Bei der in Aussicht genommenen Lohnbewegung ist die Forderung: 9 Stunden Arbeitszeit bei 45 Pf. Stundenlohn. Da die Konjunktur in dieser Branche eine günstige sei, Zuzug auch schwerlich zu erwarten stehet, glaubt Redner, daß

